

Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
SoSem 2004
SE: Marx – eine Kritik der Politik
Dozent: Matthias Bohlender

Hausarbeit:

**Zur „Kritik des Gothaer Programms“ von Karl Marx.
Etatismus, Nationalismus und Idealisierung der Arbeit im Gothaer Programm,
bei Lassalle, in der Sozialdemokratie und bei Marx.**

Mathias Wörsching
Neuere, Neueste und Mittelalterliche Geschichte, Politikwissenschaft

0. Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1. Hinführung	3
1.2. Fragestellung	3
1.3. Ansatz, Begriffsklärungen, Material	3
2. Hauptteil	5
2.1. Marx' „Kritik des Gothaer Programms“ und ihre mögliche Weiterführung	5
2.2. Etatismus und Nationalismus in der deutschen Sozialdemokratie	13
2.3. Versuch einer Kritik der „Kritik des Gothaer Programms“	21
3. Schluß	27
3.1. Fazit	27
3.2. Desiderata	28
4. Quellen und Literatur	30
5. Abkürzungen	31
6. Endnoten	32

1. Einleitung

1.1. Hinführung

Karl Marx' „Kritik des Gothaer Programms“ der deutschen Sozialdemokratie von 1875¹ berührt viele Probleme, welche die Entwicklung der sozialistischen und kommunistischen Bewegung entscheidend prägten. Geschrieben an einem Wendepunkt der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, kurz bevor sich deren Vereinigung mit dem lassalleanischen Flügel der Arbeiterbewegung vollzog, blieb diese vernichtende Kritik als politische Intervention erfolglos. Die Schrift scheint aber dennoch enorme Wirkung erzielt zu haben: Der Einfluß des darin entworfenen Modells für den Übergang zum Kommunismus auf Wladimir I. Lenin ist in dessen Schrift „Staat und Revolution“ unverkennbar.²

1.2. Fragestellung

Zunächst ist herauszuarbeiten, was Marx an den Aussagen des Programms zu kritisieren hatte. Auf dieser Grundlage soll eine materialistische Kritik der lassalleanisch-sozialdemokratischen Ideologie über Marx hinaus weitergeführt werden. Dann wäre historisch und soziologisch zu klären, welche Wirkungen die von Marx kritisierten Tendenzen auf die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie ausübten. In einem dritten Schritt soll schließlich gefragt werden, inwieweit auch die „Kritik des Gothaer Programms“ jene Tendenzen enthält.

1.3. Ansatz, Begriffsklärungen, Material

Den theoretischen Bezugsrahmen dieser Arbeit ergeben hauptsächlich Marx' Schriften. Sie distanziert sich aber vom traditionellen, weltanschaulichen Marxismus in seinen verschiedensten Spielarten. Es soll versucht werden, die materialistische Kritik auf Marx selbst und die sich als „marxistisch“, „sozialistisch“ oder „sozialdemokratisch“ verstehenden historischen Akteure anzuwenden. Einige Passagen aus der frühen, gegen Proudhon gerichteten Polemik „Das Elend der Philosophie“ sowie eine Äußerung aus „Erster Entwurf zum ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘“ zur politischen Form des Übergangs zum Kommunismus legen Argumente gegen das Kommunismusmodell der spät geschriebenen „Kritik des Gothaer Programms“ nahe.

Die historische Kritik dieser Arbeit am Etatismus Ferdinand Lassalles und der Sozialdemokratie beruht auf einigen kurzen Texten des weithin unbekanntem libertären Marxisten Willy Huhn.³ Huhns Analyse ist nur sehr vorsichtig zu gebrauchen, da er von Antisemitismus und Nationalismus, v.a. von deren deutschen Ausprägungen, gar keinen Begriff hat. So kann er nicht nur Sozialdemokratie, italienischen Faschismus, Bolschewismus und Nationalsozialismus⁴ als wesensähnlich hinstellen, sondern würdigt sogar die kollektivierenden, antiindividualistischen Effekte der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und wünscht sich einen nationalen Führer, um den Versailler Vertrag aufzuheben, sowie einen Sieg Deutschlands im II. Weltkrieg.⁵ Demgegenüber fällt weniger ins Gewicht, daß er das Scheitern seiner Version des Kommunismus immer nur auf die Sabotage von Parteiführungen zurückführt, welche den angeblichen Drang des

Proletariats zum Kommunismus ausgebrems hätten. Eine etwaige Interessenidentität zwischen Herrschern und Beherrschten, z.B. im Zeichen der Volksgemeinschaft, kann Huhn nicht in den Blick bekommen, weil ihm eine Kritik der wesentlichen ideologischen Inhalte der Volksgemeinschaft – Nationalismus und Antisemitismus – fehlt.

Was das prinzipielle Verständnis des Staates und des Politischen angeht, so fußt diese Arbeit auf den Marxschen Fragmenten einer Staatskritik und dem Buch „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus“ des Alt-Bolschewiki Jewgeni Paschukanis.⁶ Während besonders im Marxismus-Leninismus⁷ der Staat, zumal der imperialistische, oft auf einen bloßen Agenten der mächtigsten Kapitale verkürzt wird, betont Paschukanis die relative Eigenständigkeit und Eigengesetzlichkeit der politischen Sphäre gegenüber der ökonomischen. Er führt die bürgerlich-modernen Formen von Staat und Recht auf den für die bürgerliche Gesellschaft grundlegenden Tauschakt zurück: Vertragsfreiheit, Vertragssicherheit, Verfügungsfreiheit über Eigentum seien die wesentlichen gesellschaftlichen Zwecke der Rechtsform und des Souveräns.⁸ Dabei ist auch hier der Staat als Organ von Klassenherrschaft aufgefaßt, aber eben nicht im Sinne personaler Herrschaft, sondern im Sinne einer abstrakten „Diktatur der kapitalistischen Produktionsweise“ bzw. der Akkumulationslogik des Kapitals.⁹ Die bürgerliche Staatsideologie spaltet die Erscheinung, daß der Staat im Rahmen der Arbeitsteilung für das Allgemeine zuständig ist, von ihrem sozialen Kontext ab und langt so bei der Idee des unparteiischen, für das Gemeinwohl verantwortlichen, ewigen und naturnotwendigen Staates an. Hingegen erblickt die von Marx inspirierte Staatskritik die relative Eigenständigkeit des Staates in seiner konkreten Materialität, d.h. v.a. dem Staatspersonal und dessen gegenständlichen Anhängseln.¹⁰ Daß der kapitalistische Staat im historischen Durchschnitt keine bloße Agentur der Kapitaleigner bzw. –funktionäre, sondern eine Form abstrakter Herrschaft, eine Form der Aufrechterhaltung der allgemeinen Geschäftsbedingungen, v.a. der „gleichen Bedingung zur Erreichung der Ungleichheit“ darstellt, kommt durch die politisch-ökonomischen Kämpfe der Interessengruppen und Akteure in der Art einer labilen Balance zustande.

Paschukanis liefert dieser Arbeit nicht nur einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis von Staat und Recht, sondern auch Argumente gegen Marxens Kommunismusmodell aus der „Kritik des Gothaer Programms“. Allerdings war Paschukanis selbst Anhänger dieses Modells, ja sogar des noch darüber hinausgehenden Etatismus Lenins.¹¹ Es müssen zwei blinde Flecken in Paschukanis' Theoriebildung berücksichtigt werden: Zum einen bezog sich diese auf das liberale Staatsmodell des 19. Jh., das nur den Rahmen der Wertverwertung vorgab, während seit Beginn des 20. Jh. der Staat immer mehr zu einem „aktiven Gesellschaftsplaner“ (Johannes Agnoli) mit mehr oder weniger totalitären Tendenzen wurde – eine Entwicklung, die Paschukanis nicht reflektierte. Zum andern betreibt auch er keine Kritik des Nationalen. Der Nation kommt aber eine entscheidende Rolle bei der Herstellung der Einheit zwischen Individuum und Souverän bzw. bei der Legitimation staatlicher Herrschaft zu. Der oben angedeutete Bedeutungswandel des Staates ging damit einher, daß die Einheit zwischen Herrschaft und Beherrschten im impe-

rialistischen Zeitalter zunehmend nicht mehr aufklärerisch-republikanisch mittels des Gesellschaftsvertrags-Modells begründet wurde, sondern mittels unhintergebarter Identitäten wie Kultur, Nation und Rasse.¹²

Im marxistischen Mainstream wird seit je her die Kategorie „Volk“ bzw. „Nation“ fast unhinterfragt übernommen. Eine kritische Dekonstruktion der Kategorie als historisches Artefakt und Herrschaftszusammenhang setzte offenbar erst nach dem II. Weltkrieg ein. Die Auffassung des Nationalen in dieser Arbeit ist wesentlich von Benedict Andersons Buch: „Die Erfindung der Nation“ beeinflusst. Die einzigartigen Katastrophen, die ein extremer deutscher Nationalismus im 20. Jh. anrichtete, zeigen jedoch, daß sich allein mittels allgemeiner Nationalismustheorien nicht das Besondere der deutschen Entwicklung erklären läßt. Darum wurden das historiographische Werk „Die völkische Revolution“ von George L. Mosse und der Aufsatz „Nationalsozialismus und Antisemitismus“ von Moishe Postone herangezogen.

Entgegen der Klassentheorie Marx' und der meisten Marxisten werden die Proletarier im Folgenden nicht als potentielle Vollbringer der Negation der bürgerlichen Gesellschaft, als „Klasse für sich“ aufgefaßt, sondern nur als kleine Warenbesitzer, die ihre Ware, die Arbeitskraft, möglichst gewinnbringend verkaufen und in der Konkurrenz auf Binnen- und Weltmarkt bestehen wollen. Dies legt nahe, in der unter deutschen Proletariern verbreiteten Ideologie Lassalles, des Gothaer Programms und der Sozialdemokratie eine Form der Reproduktion bürgerlicher Ideologie zu sehen.

Der Begriff „Imperialismus“ wird hier lediglich historisch verwendet. Er meint die Epoche von etwa 1880 bis ca. 1945, die durch eine enorme Konzentration und Zentralisation des Kapitals, den Kolonialismus und die scharfen Auseinandersetzungen zwischen den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern um Einflußzonen und Interessensphären gekennzeichnet war. Werden jedoch Argumente Huhns referiert, so steht dessen an Rudolf Hilferding, Karl Kautsky und Rosa Luxemburg geschulter Imperialismus-Begriff im Hintergrund.

2. Hauptteil

2.1. Marx' „Kritik des Gothaer Programms“ und ihre mögliche Weiterführung

Marx sandte die „Kritik...“ 1875 kurz vor dem Gothaer Einigungsparteitag des lassalleianischen ADAV und der marxistischen „Eisenacher Partei“ an Wilhelm Bracke zur Übergabe an die Führer der „Eisenacher“ (August Bebel, Wilhelm Liebknecht u.a.). Das Gothaer Programm wurde aber trotzdem angenommen. Engels veröffentlichte die Schrift 1891, weil der Hallenser Parteitag der SPD das Gothaer Programm diskutieren wollte. Mittlerweile hatten sich laut Engels die Marxisten durchgesetzt; von den Lassalleanern seien nur noch „vereinzelte Ruinen“ übrig geblieben.¹³ Marx' „Kritik...“ ist die enttäuschte Polemik einer anerkannten Autorität gegen längst erledigt geglaubte „Flausen“¹⁴ ungelehriger Schüler. Darum führt Marx seine Positionen oft nicht näher aus, sondern setzt die allseitige Anerkennung ihrer Richtigkeit voraus. Die Hauptpunkte sind: Arbeitslohn-Theorien, Staatsgläubigkeit und nationalistische Borniertheit der Las-

salleaner, Lassalles Kungelei mit Bismarck sowie stilistische und logische Mängel des Programms.

Bereits im ersten Paragraphen fällt die Tendenz zur Glorifizierung der Arbeit als „Quelle alles Reichtums“ auf¹⁵, worin Marx zunächst eine Vernachlässigung der Natur erblickt - um dann festzustellen, daß die Phrase von der „übernatürlichen Schöpfungskraft“ der Arbeit Propaganda der Besitzenden, also der Bourgeois sei, weil sie von der Bedingtheit der Arbeit durch Eigentumsverhältnisse ablenke.¹⁶ Im dritten Abschnitt der „Kritik...“ wird das Thema der Arbeit anhand folgender Passage des Programms wieder aufgegriffen: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.“¹⁷

Die Tendenz zur Idealisierung der Arbeit zeigt sich schon darin, daß die Arbeit selbst und nicht die Arbeiterklasse befreit werden soll – eine Sprachregelung, die sich durch das ganze Programm zieht.¹⁸ Marx kritisiert das im obigen Zitat enthaltene moralische Gerechtigkeitsideal: Auf dem Boden der den Produktionsverhältnissen entsprechenden bürgerlichen Ideologie und des bürgerlichen Rechts sei die gegenwärtige Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums im Prinzip gerecht. Diese pro-bürgerlich anmutende Aussage birgt die materialistischen Grundsätze von Marx: Moralische Kategorien wie Gerechtigkeit dienen nicht als politischer Ausgangspunkt wie im Programm, sondern vielmehr interessieren die sozialen, im Produktionszusammenhang wurzelnden Widersprüche, deren Reflex Moral und Recht darstellen. Nicht aufgrund einer Gerechtigkeit soll der Kapitalismus aufgehoben werden, sondern wegen der historisch gegebenen Möglichkeit, Wünschbarkeit und Notwendigkeit dieses Aktes. Dem entspricht auch die folgende Passage: Erhalten nur die Arbeitenden den Ertrag, so ist es nichts mit der Gleichheit, erhalten ihn alle, dann ist das nicht gerecht.¹⁹ Das viel später im Text auftauchende kommunistische Prinzip: „Jedem nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten“²⁰ proklamiert gerade das Gegenteil von Gleichheit und Gerechtigkeit, nämlich das Ende von Vergleichung und Leistungsprinzip: den Triumph der Differenz. Marx weitere Kritik klingt eher organisatorisch: Während Lassalle und das Gothaer Programm beabsichtigten, dem Arbeiter den „unverkürzten Arbeitsertrag“, also den ganzen Mehrwert zuzueignen, besteht Marx auf der gesellschaftlichen Planung der Verteilung des Mehrprodukts. Erst nach Abzügen für soziale Fonds der Regeneration, Akkumulation, Reserve, Absicherung, Verwaltung, der gemeinschaftlichen Bedürfnisse und für Arbeitsunfähige würden die Mittel der individuellen Konsumtion verteilt.²¹ Überhaupt fasse die Arbeitsertrags-Ideologie nur die Distribution, nicht die Produktion ins Auge. Dies sei fehlerhaft, weil erstere nur Folge der Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse.²²

Später, unter II, folgt im Text die Kritik des Lassalleschen „Ehernen Lohngesetzes“, dem im Gothaer Programm gehuldigt wird.²³ Mit diesem „Gesetz“ begründete Lassalle das Elend der Arbeiter: Aus der bürgerlichen Gesellschaft ergebe sich, daß der Arbeitslohn immer nur dem Minimum dessen entspreche, was der Arbeiter zur Reproduktion seiner Arbeitskraft benötigt. Marx bemängelt, daß Lassalle sein „Gesetz“ mit der Theorie von Thomas Malthus begründete,

es aber durch staatlich kreditierte Produktivgenossenschaften der Arbeiter aufheben wollte, was doch unmöglich sei, wenn Malthus' Theorien wirklich stimmen würden. Diese logische Inkonsistenz scheint allerdings nachrangig neben der viel fundamentaleren Kritik, die Marx nun entwickelt: Die durchs „Eherne Lohngesetz“ ausgedrückte angeblich notwendige Beschränkung des Lohns aufs Existenzminimum ist nicht gegeben. Der Arbeitslohn kann sowohl über die kulturell-historisch und keineswegs nur biologisch bedingten Reproduktionskosten der Arbeitskraft steigen als auch unter sie fallen. Die im Durchschnitt zweifellos feststellbare Elendigkeit des Arbeitslohns ist aber gar nicht das Problem, sondern das kapitalistische Arbeitsregime selbst, das wegen der notwendigen Erhöhung der Mehrwertrate zu immer intensiverer Ausbeutung der Arbeitskraft tendiert. Die so erreichte Produktivitätssteigerung geht mit der Verkümmern des ausgebeuteten Menschen einher, an dem nur noch seine Funktion als Arbeitskraft interessiert – unabhängig davon, ob der Lohn ein kulturelles oder konventionelles Existenzminimum über- oder unterschreitet.²⁴ Während es dem Kommunisten Marx um die Aufhebung der Lohnarbeit und der Arbeitsteilung geht, möchte Lassalle den „gerechten Lohn“. Es scheint, als hätte Lassalle gegen Staat, Recht, Privateigentum, Markt, Tauschprinzip und Arbeitsteilung nichts einzuwenden, wenn nur den Arbeitenden der „unverkürzte“ Ertrag ihrer Arbeit gemäß dem Leistungsprinzip zuflösse. Marx hält dagegen, daß die kommunistische Gesellschaft nicht mehr auf dem Tausch basiere. Die individuelle Arbeit würde im Kommunismus nicht mehr über den Wert vergesellschaftet, sondern direkt durch die Selbstorganisation der Produzenten.²⁵

Marx liefert keine materialistische Erklärung für die Entstehung der Arbeitsertrags-Ideologie und ihrer Anziehungskraft auf die Arbeiter, sondern begnügt sich mit argumentativer Zurückweisung. Dabei liegt die sozioökonomische Basis dieser Ideologie recht offen zu Tage: Die Arbeiter sind zunächst Arbeitskraftverkäufer – d.h. ebenso Warenbesitzer wie alle Bürger - und als solche erst einmal an nichts mehr oder weniger interessiert als an einem möglichst guten Preis für ihre Ware. Genau dieses Interesse wird durch die Forderung nach dem „unverkürzten Arbeitsertrag“ ausgedrückt.

Nun ist dem Arbeitslohn nicht äußerlich anzusehen, daß er die Bezahlung der Ware Arbeitskraft darstellt, sondern er erscheint als Preis der Arbeit an sich. Dies kommt dadurch zustande, daß er als Gegenwert der gesamten Arbeitszeit oder des gesamten Arbeitsproduktes erscheint und nicht nur als Bezahlung der notwendigen, den Reproduktionskosten der Arbeitskraft entsprechenden Arbeit. Die Mehrwertaneignung, also die Ausbeutung, ist im Arbeitsprodukt, in der Arbeitszeit und im Arbeitslohn versteckt. Kein Kapitalist geht nach Ablauf der notwendigen Arbeitszeit, z.B. nach sechs Stunden, zum Arbeiter und sagt ihm: Ab jetzt arbeitest du umsonst für mich. Die Form des freien Vertrages zwischen Arbeitskraftkäufer und –verkäufer, mittels derer sich Ersterer die Nutzung der gesamten Arbeitskraft und keineswegs nur der zu ihrer eigenen Reproduktion notwendigen Verausgabung sichert, verdeckt das zugrundeliegende herrschaftsförmige Klassenverhältnis, das sich im Zwang auf den doppelt freien Lohnarbeiter ausdrückt, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um überleben zu können. So kann bei den Arbeitern der Ein-

druck entstehen, daß der Arbeitslohn den Wert der Arbeit an sich repräsentiere, wo diese doch als Quelle des Werts keinen eigenen Wert hat.²⁶ Dieser gesellschaftlich erzeugte falsche Schein wird noch dadurch untermauert, daß die Arbeitskraftkäufer überdurchschnittliche Intensität und Qualität von Arbeit über den Lohn honorieren.²⁷

Mit diesen Überlegungen zur gesellschaftlichen Erscheinung der Arbeit ist nicht nur geklärt, warum Arbeiter ein Interesse an einer „gerechten“ Distribution, sprich einem höheren Arbeitslohn statt an einer Umwälzung der Gesellschaft haben können, sondern auch wie die oben festgestellte Idealisierung der Arbeit zustande kommt: Wenn die Arbeitskraftverkäufer den Arbeitslohn für die Bezahlung ihrer Arbeit statt ihrer Arbeitskraft halten und von diesem Arbeitslohn ihr Lebensniveau und ihre gesellschaftliche Stellung abhängt, so werden sie sich mit ihrer angeblichen Ware Arbeit identifizieren, stolz auf sie sein, ihr einen möglichst hohen sozialen Rang zuschreiben und sich anstrengen, sie möglichst gut zu machen. Lassalle selbst hatte, wie sein „Ehernes Lohngesetz“ zeigt, durchaus eine Ahnung vom Wesen der Arbeit. Es darf jedoch vermutet werden, daß die Idealisierung der Arbeit, die sich als Lassallesches Erbe im Gothaer Programm findet, aus der Verbindung seiner Arbeitsertragsideologie mit falschen Vorstellungen über Arbeit und Arbeitslohn entstand.

Im Grunde handelt es sich bei den ökonomischen Theorien Lassalles um eine auf die Arbeiter als kleine Warenbesitzer zugeschnittene Ideologie, die dem gleichen reaktionär-utopischen Impuls folgt wie die Lehren Pierre-Joseph Proudhons. Auch dieser hielt das ideale Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft – den Äquivalententausch – gegen dessen chaotische Verwirklichungsform auf dem Markt und projizierte eine Welt zufriedener kleiner Warenbesitzer, die ehrlich erarbeitete Produkte immer zu ihrem genauen Wert tauschen und daher gute Preise erzielen.²⁸ Proudhon wie Lassalle wollen einfache Warenproduktion, also eine Gesellschaft kleiner Privateigentümer, die mittels des freien Vertrages Äquivalente tauschen, in der es zwar noch den Markt, aber keine Plusmacherei, zwar noch Privateigentum und Tausch, aber keine harte Konkurrenz, keine Kapitalakkumulation und –konzentration mehr gibt.²⁹

Nun wäre zu untersuchen, wie sich diese von Lassalle geprägte Ideologie kleinbürgerlich denkender und handelnder Arbeitskraftverkäufer zu Staat und Nation verhält. Marx beurteilt das Verhältnis des Gothaer Programms zum Staat folgendermaßen: „Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernem, Wunderglauben.“³⁰

Der etatistische „Untertanenglauben“ folgt logisch aus den Interessen der Arbeitskraftverkäufer auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft: Zunächst ist festzuhalten, daß auch eine „gerechte“ Entlohnung über den Wert als Maßstab hergestellt werden muß. Wie in der reellen bürgerlichen Gesellschaft braucht es also auch in der lassalleanischen Utopie den Äquivalententausch in der Form des freien Vertrages, mithin ein Recht und eine Macht, die das Recht garantiert: also

den Staat. Er garantiert den konkurrierenden freien Eigentümern die Möglichkeit des Kaufens und Verkaufens und drückt so das Interesse der Konkurrenten an der Aufrechterhaltung der „gleichen Möglichkeit zur Erreichung der Ungleichheit“ aus.³¹ Während sich der Staat aber im bürgerlichen Liberalismus auf die beschriebene Absicherungsfunktion beschränken soll, wachsen ihm in der lassalleanischen Utopie weitere riesige Aufgabenfelder zu: Er soll den „unverkürzten Arbeitsertrag“ sichern und das „Ehrene Lohngesetz“ aufheben.³² Es handelt sich also um einen sehr viel stärkeren Staat als den vom Liberalismus vorgestellten. Der Etatismus ist in der Ideologie kleiner Warenbesitzer auch noch auf andere Weise angelegt: Wird nur die Distributions- und nicht die Produktionsweise geändert, so bleibt die Marktkonkurrenz nicht nur im Innern der Gesellschaft, sondern auch auf dem Weltmarkt erhalten. Wie die Konkurrenz der nationalen Bourgeoisien zur Konkurrenz der Nationen wird und den jeweiligen Bourgeoisien somit an einem machtvollen Nationalstaat zur Durchsetzung und Absicherung ihrer Interessen gelegen ist, so muß dies auch auf Arbeitskraftverkäufer zutreffen – in etwa der gleichen Weise, in der ein Arbeiter am Konkurrenzenerfolg der Firma, in der er arbeitet, interessiert sein muß, damit sein Arbeitsplatz womöglich sicherer und ein Lohnwachstum wahrscheinlicher wird.

Dies im Kopf, erschließt sich die knappe Marxsche Kritik an den politischen Konzepten des Gothaer Programms erheblich besser. Marx stellt nur fest, begründet aber nicht weiter, daß das Programm von der gesellschaftlichen Grundlage des Staates abstrahiere und der idealistischen Auffassung vom Staat als Repräsentanten und Beauftragten des Allgemeinwohls anhänge. Die Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche sei nicht durch staatliche Intervention, sondern nur durch Aufhebung des gesellschaftlichen, in der Produktion wurzelnden Gesamtzusammenhangs möglich. An den konkreten Forderungen des Programms empört Marx die aus der Idealisierung des Staates erwachsende Hoffnung, der Staat möge durch ein Wundermittel – die staatlich kreditierten Arbeiter-Produktivgenossenschaften – die Gesellschaft kurieren. Der von Marx bemängelte lassalleanische und demokratische „Wunderglauben“ ist eben, den Staat zum Reparatuer der Gesellschaft erheben zu wollen. Anstatt auf den revolutionären Klassenkampf zu setzen, würde die Behebung des proletarischen Elends an den Staat mit einem Patentrezept delegiert. In dieselbe Kerbe haut die folgende Kritik an der Gothaer Forderung nach staatlicher, „demokratischer Kontrolle“ der Genossenschaften: Dies sei entweder Unsinn, da eine radikale Demokratie eben die Herrschaft der Arbeiterklasse bedeute und mithin die Kontrolle eine eigentlich überflüssige Selbstkontrolle wäre, oder ein Armutszeugnis für die Unreife der deutschen Arbeiter zum Regieren.³³ Marx kritisiert hier das Zurückbleiben des Programms hinter der kommunistischen Forderung nach Selbstverwaltung von Produktion und Gesellschaft, die neben den anderen Formen der Arbeitsteilung auch die zwischen Staat und Gesellschaft aufheben soll. Die Menschen sollen sich in ihrer „freien Assoziation“³⁴ unmittelbar selbst vergesellschaften. Doch geht die Marxsche Kritik gewissermaßen ins Leere: Wenn es den Arbeitskraftverkäufern nur um ihren „unverkürzten Arbeitsertrag“ geht, brauchen sie wie oben gezeigt nicht nur keine Selbst-

verwaltung und Aufhebung der Arbeitsteilung, sondern sind als kleine Warenbesitzer auch unabdingbar auf einen mächtigen Souverän angewiesen.

Scheinbar schlich sich der antiliberale Arbeiter-Etatismus trotz starker demokratistischer Beigaben bis in die Formulierung des Programms von der „Freiheitlichen Grundlage des Staats“³⁵: Laut Marx sei ein „freier Staat“ gerade diktatorisch, während politische Freiheit in der Unterordnung des Staates unter die Gesellschaft bestünde. Hier verweist Marx unausgesprochen auf das liberale Staatsideal. Marx weiter: Demokratische Forderungen machten im autoritären Bismarck-Staat nur im Rahmen des weitergehenden Strebens nach einer demokratischen Republik Sinn. Dies offen auszusprechen, wäre zwar zu gefährlich, die im Programm gewählte Zwischenlösung sei jedoch: „...Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.“, weil sie sozusagen demokratische Äpfel vom autoritären Pflaumenbaum des Bismarckstaates fordere - dazu noch unter Einsatz ungeeigneter und kraftloser, da legalistischer Mittel.³⁶

Marx führt auch diese Kritik nicht weiter aus, so daß sich die entsprechende Passage als bloße logische Inkonsequenz interpretieren ließe. Vor dem Hintergrund des lassalleanischen Arbeitskraftverkäufer-Etatismus offenbaren die Phrasen jedoch einen tiefsitzenden autoritären Gehalt: Die Staatsgläubigen sind nicht nur ideologisch auf einen starken Souverän so sehr angewiesen, daß sie gewissermaßen am preußisch-deutschen Kaiserreich hängen, sondern sie sind, wofür auch Lassalles Träume einer „sozialen Monarchie“ und seine diktatorischen Gelüste sprechen, einem relativ autoritären Staatsmodell eher zugeneigt als dem klassischen liberalen, wodurch sie in politische Nähe zu Bismarck geraten.³⁷

Der antiliberale und antibürgerliche Impuls des Programms und Marx' ambivalente Haltung zur bürgerlichen Gesellschaft werden auch bei der Kritik an der Gothaer Forderung nach „gleicher Volkserziehung durch den Staat“ deutlich. Nach Marx ist es einerseits aufgrund der sozioökonomischen Rahmenbedingungen wie Armut und Verwertungsdruck nicht möglich, die proletarischen Kinder auf bürgerliches Niveau zu heben, und andererseits nicht wünschenswert, den erreichten bürgerlichen Bildungsgrad auf proletarisches Niveau zu senken.³⁸ Überhaupt wäre der Staat, zumal das halbabsolutistische, militaristische und bürokratische Preußen-Deutschland, ebenso wie die Kirche von jeglichem Einfluß auf das Bildungswesen auszuschließen. Anstatt mit Erziehungsaufgaben betraut zu werden, müsse der Staat erst einmal selbst „erzogen“ werden – durch gesellschaftliche Opposition. Wieder vertritt Marx ein radikal liberaldemokratisches Konzept, das auf gesellschaftliche und individuelle Selbstbestimmung im Kommunismus hinausweist, während das Gothaer Programm den Staat auf eine Weise stärken und ausbauen will, die nicht nur zum Kommunismus konträr ist, sondern auch hinter einen konsequenten bürgerlichen Liberalismus zurückfällt. Auch die von Marx nur mit dem knappen Hinweis auf einen gleichlautenden Passus der preußischen Verfassung erledigte Gothaer Forderung nach „Freiheit der Wissenschaft“ ist nicht bloß einfach überflüssig, sondern läßt tief auf den lassalleanischen Etatismus blicken: Man sieht, wie sich das Programm einen optimalen Staat erträumt, anstatt

minimalistisch zu fordern, was im Moment dessen Aufhebung befördern würde. Ähnlich verhält es sich mit den folgenden, von Marx als kleinlich abgetanen Programmpunkten.³⁹

Marx erklärt die von ihm kritisierte Vernachlässigung des Grundeigentums gegenüber dem Kapitaleigentum im zweiten Paragraphen des Entwurfs durch Lassalles Bündnis mit Bismarck, dem Repräsentanten der grundbesitzenden preußischen Junkerkaste.⁴⁰ Auch die Aussage des vierten Paragraphen: „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andren Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“, führt Marx auf Lassalles Kungelei mit Bismarck zurück. Hier drücke sich aus, daß Lassalle den objektiv revolutionären Charakter der Bourgeoisie und das revolutionäre Potential des demokratischen Kleinbürgertums verleugnet hätte, um sein Klassenbündnis mit den halbfeudalen preußischen Grundeigentümern gegen die liberalen Bürger zu beschönigen.⁴¹ Marx' Vorwurf erscheint jedoch unlogisch, denn zur „reaktionären Masse“ würde dann ja auch Lassalles Verbündeter Bismarck gehören. Trotzdem ist der Verweis auf den Pakt mit Bismarck und dem preußisch-deutschen Staat wichtig für die Interpretation des Lassalleanismus als Ideologie kleinbürgerlicher Arbeitskraftverkäufer: Dieses Bündnis war in der praktischen Politik ebenso Ausdruck des antiliberalen Etatismus der Lassalleaner, wie auf dem Feld der reaktionären Utopie Lassalles Träume von der „sozialen Monarchie“ oder sein autoritärer Führungsstil im organisatorischen Aufbau der lassalleanischen Arbeiterbewegung. Während Lassalle und seine Anhänger die Bourgeoisie als „reaktionär“ bezeichneten, in ihrem Etatismus aber hinter den klassisch-bürgerlichen Freiheitsgedanken zurückfielen, verteidigte Marx dieses im Kommunismus aufzuhebende bürgerliche Erbe.

Verglichen mit der von Marx geleisteten Kritik an den ökonomischen Theorien der Lassalleaner und ihrem Etatismus fallen seine Bemerkungen über den Nationalismus des Programms sehr gering aus. Es liegt nahe, dies auf eine etwaige nationale Befangenheit Marxens selbst zurückzuführen, welche ihm den Blick auf die Dimension des Nationalismus bei Lassalle, im Programm und in der Sozialdemokratie versperrte. Im fünften Paragraphen des Programms steht: „Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst im Rahmen des heutigen nationalen Staats, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.“⁴²

Marx' Kritik an der angeblich sogar hinter der freihändlerischen Bourgeoisie zurückbleibenden nationalen Borniertheit dieser Passage, die sich durch die unbestimmte Vertagung der „Völkerverbrüderung“ ausdrückt, argumentiert mit der durch Weltpolitik und Weltmarkt erzwungenen Interdependenz der Nationen. Einmal mehr drückt der Verweis auf die Freihändler die Anerkennung der revolutionären Rolle des Bürgertums aus.⁴³ Dennoch erschließt Marx' eher strategisches Argument nicht die ganze Tragweite des Nationalismus für die Sozialdemokratie. Historisch-genetisch war der Staat, auf den die deutschen Arbeiter-Etatisten hofften, notwendiger Weise der deutsche, 1871 von Preußen mit „Eisen und Blut“ (Bismarck) zusammengezwungene Nationalstaat: Als Ergebnis einer „Revolution von oben“ anstatt von unten militaristisch und autoritär geprägt, als spät gekommenes und nachholendes Vehikel bürgerlicher Modernisierung

nach außen tendenziell aggressiv und expansionistisch und im Gefolge der historisch-spezifischen Ausgangsbedingungen Deutschlands von einem völkischen Nationalismus getragen⁴⁴. Insofern der Staatssozialismus auf den real existierenden preußisch-deutschen Staat hoffte und sich auf der Ebene ideologischer Konstruktionen sowie tagespolitischer Zusammenarbeit mit ihm einließ, mußte er auch die oben genannten Tendenzen bis zu einem gewissen Grade mitvollziehen. Überhaupt wird eine nicht kommunistische, sondern staatssozialistische Arbeiterbewegung, welche den Interessen der Arbeitskraftverkäufer als kleinen Warenbesitzern Ausdruck verleiht, sehr anfällig für Nationalismus sein. Der Nationalstaat vertritt die Interessen des Kollektivs der Besitzenden nach außen und versucht, dem Kapital möglichst gute Akkumulationsbedingungen zu verschaffen. Die Arbeiter können vom Erfolg ihrer Nation auf dem Weltmarkt und von wirtschaftlicher Konjunktur unter Umständen profitieren. Für die Arbeitskraftverkäufer wie für alle Kleinbürger soll der Nationalstaat außerdem der Garant für ihr Bestehen gegen das Kapital, v.a. das große, sein: Etwa als Kreditgeber der Produktivgenossenschaften, Sozialreformer und Brecher des „Ehernen Lohngesetzes“. Womit ließe sich dieses staatssozialistische Ideal besser geltend machen als mit dem Nationalismus, der immer eine gewisse, wenn auch pervertierte Vorstellung von Gleichheit, Teilhabe und Solidarität beinhaltet? Hinsichtlich des Lassalleanismus und dann des Sozialdemokratismus als Ideologie deutscher Arbeiter ist zuletzt noch interessant, daß der deutsche Nationalismus schon immer ein besonders inniges Verhältnis zur Arbeit unterhielt. Der „deutschen Arbeit“ kam eine entscheidende Funktion bei der Stereotypisierung von Fremd- und Selbstbildern zu.⁴⁵ Somit bot die „deutsche Arbeit“ den deutschen Arbeitern verlockende Identifikationsmöglichkeiten und Projektionsflächen, zumal wenn vorausgesetzt wird, daß viele dieser Arbeiter sich im Banne des falschen Scheins des Arbeitslohnes und der lassalleanischen Arbeitsertragsideologie geradezu über die Arbeit definierten bzw. auf ihr Arbeitertum stolz waren. Aus dem vorliegenden Material läßt sich jedoch keinerlei Hinweis auf völkische und antisemitische Inhalte bei Lassalle und im Gothaer Programm gewinnen. Marx' Gehässigkeit gegen Stilblüten des Programms, die sich durch die gesamte „Kritik...“ zieht, ist nicht nur Beiwerk. Phraseologie scheint immer die angemessene Sprache der Ideologie zu sein: Die logische Verkehrtheit zwingt zur sprachlichen, und was an argumentativer Kraft fehlt, muß durch „Geklingel“⁴⁶ und Gefühlsduselei ausgeglichen werden.⁴⁷

2.2. Etatismus und Nationalismus in der Sozialdemokratie

Engels irrt sich wohl, als er 1891 bloß noch „vereinzelte Ruinen“ des Lassalleanismus zu erkennen vermochte. Die staatssozialistische Tendenz überwinterte nur.⁴⁸ Die Darstellung der weiteren Entwicklung folgt im Wesentlichen Willy Huhn: Es scheint, als hätte nach dem Gothaer Vereinigungsparteitag „eine zielbewußte staatssozialistische Minderheit“⁴⁹ zunehmend erfolgreich versucht, den politischen und ideologischen Kurs der Partei zu prägen.⁵⁰ Während sich die führenden und anerkannten Theoretiker der SPD vorwiegend auf Marx beriefen, beherrschte der Staatssozialismus teilweise die populären Medien der Partei, die für die Mehrheit der einfa-

chen Parteimitglieder und SPD-nahen Arbeiter wahrscheinlich viel prägender waren als hochgelehrte Bücher von Marx, Hilferding, Kautsky oder Luxemburg.⁵¹ Nicht zuletzt der Personenkult um Lassalle blieb erhalten.⁵² Nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 und der obrigkeitsstaatlichen Einigung Deutschlands bis 1871 war die Sozialdemokratie notgedrungen auf legal-parlamentarische Wege verwiesen. Zwischen ihrer revolutionär-marxistisch getönten Programmatik und ihrer auf den Staat verwiesenen statt ihn direkt bekämpfenden Praxis bestand eine wachsende Kluft.⁵³ Am parlamentarisch-reformistischen Kurs hatten nicht nur Arbeiterführer wie Bebel und Liebknecht, sondern auch Marx und in viel höherem Maße Engels Anteil. Letztere beiden erwogen immerhin, ob ein friedlicher Übergang zur Herrschaft der Arbeiterklasse in einigen Ländern zumindest nicht undenkbar sei. Der Etatismus wurde von Marx und Engels des Weiteren durch die unklare Rede vom „Absterben des Staates“ begünstigt. Außerdem konnten sich Staatssozialisten immer auf das laut Huhn „staatskapitalistische Aktionsprogramm“ im Kommunistischen Manifest und generell auf die jakobinisch-blanquistische Frühphase von Marx und Engels berufen.⁵⁴ Während Lassalleaner, utopische und Staatssozialisten mit praktischen Utopien stets schnell bei der Hand waren, lehnten die Marxisten die Konstruktion konkreter Gesellschaftsentwürfe prinzipiell ab. Wo sie jedoch im Zugzwang der Debatte Andeutungen machten, „lugten aus ihnen bald wieder Behörden und sonstige bürokratische Institutionen, also die Elemente staatlicher Organisation hervor!“

Die von Engels, Kautsky u.a. betriebene Ideologisierung des Marxschen Denkens zum „Marxismus“ und noch stärker die später von Kautsky, Eduard Bernstein u.a. betriebene Revision dieses „Marxismus“ stärkten staatssozialistische Tendenzen. Kristallisationspunkt dieses Staatssozialismus war das von Marx schon in der „Kritik...“ aufgespießte Mißverständnis vom Staat als „Vorsehung der Gesellschaft“ (Lassalle), d.h. als Repräsentanten und Beauftragten des Gemeinwohls.⁵⁵ Es scheint jedoch, als sei der Richtungskampf zwischen Lassalleanern bzw. Staatssozialisten und Marxisten innerhalb der Partei um der Einheit und des Parteifriedens willen oft nicht oder nur unter der Hand ausgetragen worden.⁵⁶ Lassalle wurde von Bernstein um die Jahrhundertwende offiziell gewürdigt. Theoreme wie Hilferdings „Generalkartell“⁵⁷ oder Kautskys „Ultraimperialismus“ lieferten dem Staatssozialismus die theoretische Begründung, obwohl zumindest Kautsky sich im demokratischen Sinne gegen die autoritäre, eher lassalleanisch und nationalistisch ausgerichtete Strömung des Staatssozialismus wandte.⁵⁸ Marxisten wie Kautsky stellten den Etatismus jedoch nicht prinzipiell in Frage, sondern verteidigten – ganz im Sinne der „Kritik...“ von Marx – die Kontrolle der Verteilung des Arbeitsprodukts durch den proletarischen Staat.⁵⁹ Da dieser keine Gefahr des Machtmißbrauchs mehr berge, könne und müsse das Proletariat sich seiner bedienen. Hilferding sah im Staat das „bewußte Vollzugsorgan der Gesellschaft“, die Wirtschaft bzw. den Markt hingegen als vom Politischen getrennte Sphäre.⁶⁰ Die Differenz zwischen den Staatssozialisten lassalleanischer und solchen marxistischer Prägung bestand mehr darin, ob emanzipatorische Taten auch vom gegebenen preußisch-deutschen oder nur vom zukünftigen, proletarisch beherrschten Staat zu erwarten seien.

In der zunehmenden Konzentration und Zentralisation der Produktion wie der ganzen Gesellschaft sah die Sozialdemokratie mit Kautsky und Hilferding einen Prozeß, der in Richtung Sozialismus führte.⁶¹ Etatismus wurde mit Antikapitalismus identifiziert; die Tatsache, daß der Staat bei seiner Ausweitung im Interesse der Kapitalistenklasse agierte, hingegen ignoriert.⁶² Im „historischen Materialismus“ war der Umschlag des Kapitalismus in den Sozialismus ja ein unausweichlicher Prozeß: Wenn Staat und Großkapital die Durchorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft bis zum höchstmöglichen Punkt vorangetrieben hätten, bräuchten die Sozialisten nur noch den Staat erobern oder übernehmen, um die wesentlichen Voraussetzungen des Sozialismus zu schaffen.⁶³ Besonders unter demokratisch-repräsentativen Verhältnissen konnte so die Auffassung entstehen, daß jeglicher Fortschritt bei der Ver- und Durchstaatlichung der Gesellschaft eine Beeinträchtigung des Kapitalismus und ein Moment des „Hineinwachsens in den Sozialismus“ sei. Dies stimmte auch, doch kam am Ende der NS und nicht jener Sozialismus, den die SPD im Sinn gehabt hatte.⁶⁴

Rechte SPD-Ideologen begrüßten die aus militärischen Erwägungen heraus getroffenen sozial- und gesundheitspolitischen Maßnahmen des wilhelminischen Staates: Endlich habe der Staat den wahren Wert des Menschen erkannt. Daß der Staat nur Sozialpolitik trieb, um besseres und mehr Menschenmaterial für die Schlachtfelder zu haben, wurde nicht kritisiert.⁶⁵ Karl Renner bezeichnete die Durchstaatlichung der Gesellschaft als Zwischenstufe zwischen Liberalismus und Sozialismus.⁶⁶ Johannes Plenge, ein der rechten Sozialdemokratie nahe stehender Ideologe, führte Nationalismus und Sozialismus bereits vor 1914 zusammen, indem er den Staatssozialismus als optimale, weil spannkraftigste und totalste Organisationsform einer „gesunden“ Gesellschaft theoretisierte.⁶⁷ Schon 1899 hatte der Revisionist Bernstein hierfür Vorarbeiten geleistet.⁶⁸ Mit dem Ausbruch des I. Weltkrieges 1914 fanden sowohl die wirtschaftlichen und ökonomischen Eliten Deutschlands und die Mehrheit der sozialdemokratischen Elite – Ideologen, Funktionäre, Abgeordnete – als auch der Großteil der proletarischen Basis im nationalen Burgfrieden zusammen. Doch schon lange davor machte sich der Trend zur Integration der SPD in den Nationalstaat bemerkbar: Ab den 1890er Jahren versuchte sie auf die Budgetplanung Einfluß zu nehmen, während sie vorher im Sinne einer konsequenten Opposition die Zustimmung zu Haushaltsentwürfen stets verweigert hatte. Die kaiserliche Sozialpolitik der 90er Jahre ließ in der rechten Sozialdemokratie alte Lassallesche Träume vom „sozialen Monarchismus“ wieder aufleben. Auch die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene holte die SPD näher an den Staat heran. Immer deutlicher zeigte sich das Streben nach Koalitionen mit bürgerlichen Parteien. Im Jahre 1913 stimmte die SPD-Reichstagsfraktion der „Wehrvorlage“ zu, die den II. Weltkrieg unmittelbar vorbereitete.⁶⁹

Im Weltkrieg endlich wurde der ökonomische und politische Traum der Staatssozialisten von der totalen Machtkonzentration Wirklichkeit – allerdings in Form der Kriegswirtschaft und der informellen OHL-Diktatur. Es fehlte nicht an begeisterten Stimmen aus der rechten Sozialdemokratie, die über „Kriegssozialismus“ und endlich erreichte „Volksgemeinschaft“ jubelten.⁷⁰

Die Spaltung der SPD wegen der Burgfriedenspolitik im Jahre 1916 offenbarte endlich, daß die Mehrheit der SPD lassalleanisch bzw. staatssozialistisch geblieben oder geworden war.⁷¹ Die Zusammenarbeit mit den Offizieren klappte gut, nicht nur bei der Annahme eines Hilfsdienstpflichtgesetzes während des Krieges, sondern auch im Januar 1918 bei der Niederkämpfung von Munitionsarbeiterstreiks. Erfolgte schon die Ausrufung der Republik durch Scheidemann nur unter republikanischem Druck und dem Protest Eberts, so setzten Offiziere und rechte SPD-Führung ihr Bündnis in der nachfolgenden Konterrevolution fort. Bis in die 30er Jahre bestanden Kontakte, z.B. zur Gruppe um General von Schleicher.⁷²

Schon lange vor 1914 hatten sich völkische Ideologen für die deutsche Arbeiterklasse interessiert. Der um die Jahrhundertwende schreibende Sozialdarwinist Ludwig Woltmann versuchte, Rassen- und Klassenkampf zu verbinden: Die „rassisch-tüchtigen“ deutschen Arbeiter sollten dem Prinzip der Bestenauslese durch Revolution gegen das „verkümmerte“ Bürgertum zum Sieg und perspektivisch der nordischen Rasse zur Weltherrschaft verhelfen. Woltmann war für Regierungsbeteiligungen der SPD.⁷³ Auch der durch Engels' Polemik⁷⁴ bekannte Antisemit Eugen Dühring „hatte Verbindungen zu den Sozialdemokraten und sah in deren Politik ein vernünftiges Bemühen um einen starken Nationalstaat.“⁷⁵

Im Zusammenhang mit der sich verschärfenden machtpolitischen Konkurrenz unter den Großmächten machten staatliche und völkische Strategen auf die entscheidende Rolle der Organisation und politischen Führung der Arbeitermassen im Falle eines die totale Ver- und Durchstaatlichung erfordernden imperialistischen industriellen Krieges aufmerksam. Organisatoren der Kriegswirtschaft wie Walther Rathenau und jüngere Generalstabsoffiziere wie Seeckt und v. Schleicher sympathisierten mit dem Staatssozialismus: Dieser sei notwendig, um den imperialistischen Krieg zu gewinnen, der zum einen die staatliche Organisation der Wirtschaft und zum Andern den im Zeitalter der Massenarmeen unabdingbaren Schulteranschluß zwischen nationalen Eliten und „Arbeitervolk“⁷⁶ erfordere.⁷⁷ Ab 1918 schloß die Führung der rechten Sozialdemokratie nicht nur ein Bündnis mit Militär und Bürokratie zur gewaltsamen Niederschlagung der Revolution⁷⁸, sondern sie übernahm mit v. Moellendorff einen Hauptorganisator der Kriegswirtschaft in Amt und Würden und versuchte, staatssozialistisch motiviert, die im Krieg erreichte Form des „totalen Staates“ beizubehalten. Noch bis 1933 lassen sich viele Punkte aufzeigen, an denen die Sozialdemokratie für Bestrebungen nach einem totalen, autoritären Nationalstaat ideologisch und politisch anschlussfähig blieb. Die staatssozialistische Tendenz äußerte sich um 1900 noch „friedlich“, explodierte 1914 militärisch, äußerte sich 1919 „übergangswirtschaftlich“ in der Parole: „Der Sozialismus marschier“, wurde 1927/28 „wirtschaftsdemokratisch“ und 1932 „planwirtschaftlich“ genannt, um dann - nach Willy Huhn - ab 1933 im NS zu münden.⁷⁹

Huhn sieht als Triebkraft der Durchsetzung des Staatssozialismus in der SPD die Interessen einer besonderen, mit der Sozialdemokratie entstandenen gesellschaftlichen Schicht – der Funktionäre, Berufspolitiker, Angestellten, Organisatoren und „Praktiker“ von Partei und Gewerk-

schaften. Diese Schicht sei durch ihre kommunale und parlamentarische Verwobenheit mit dem Staat, durch ihren ständigen Umgang mit Bürgertum und politischem Personal, durch ihr Streben nach Posten an den Staat und die herrschenden Klassen gebunden worden.⁸⁰ Dabei befand sich die Partei in einem politischen Widerspruch: Auf der einen Seite forderte sie demokratische und soziale Reformen gegen den autoritären wilhelminischen Staat und wurde von diesem bekämpft und behindert, auf der anderen Seite begrüßte sie jede Ausweitung staatlicher Befugnisse und Aktivitäten auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Feld. Laut Huhn entsprach der zunehmenden staatlichen Tätigkeit auf den Gebieten der Wirtschaftsorganisation und der Sozialfürsorge ein ständiger Zuwachs des staatssozialistischen Elements im politischen Bewußtsein der „Praktiker“.⁸¹ Außer vielleicht Rosa Luxemburg hätte kein SPD-Marxist eine klare Einsicht in das Wesen des Imperialismus besessen, so daß staatssozialistische und pazifistische Anschauungen das Mißverständnis des imperialistischen, total werdenden Staates als Vorstufe zum Sozialismus ermöglichten. Die rechte Sozialdemokratie – so Huhn – bediente sich des Marxismus nur als „Fanfare zur Sammlung der Arbeitermassen“, entledigte sich seiner aber, als der deutsche Staat den Staatssozialismus für sich entdeckte und der sozialdemokratischen Elite die Integration anbot.⁸²

Eine weitere sozioökonomische Ursache des Triumphs des Staatssozialismus in der SPD sieht Huhn in der Gewöhnung der Arbeitermassen an Subordination durch die zunehmende Organisation des deutschen Proletariats in der SPD und den Freien Gewerkschaften.⁸³ Die Rolle der sozialdemokratischen Bewegungselite und der partei- und gewerkschaftsförmigen Disziplinierung der Arbeiterschaft darf sicherlich nicht unterschätzt werden, aber Huhn gerät aufgrund seiner Überzeugung vom Drang der Proletarier zum Kommunismus aus dem Blick, wie sehr der Staatssozialismus bei den deutschen Arbeitskraftverkäufern selbst Anklang fand, die nämlich zum großen Teil kein unmittelbares Interesse am Kommunismus, aber am Wohlergehen ihres nationalen Kollektivs hatten. Für ihn stellt sich die Entwicklung der SPD bis 1933 als einziger Verrat einer staatssozialistischen Führung an ihrer revolutionswilligen Basis dar. Trotz Verrat ist aber unübersehbar, daß ein beträchtlicher Teil der deutschen Arbeiterklasse keinen revolutionären Bürgerkrieg wollte. Huhns unvollständige, weil auf korrumpierte und disziplinierende Bewegungseliten beschränkte Erklärung der Niederlage der Revolution muß ergänzt werden durch den Verweis auf den mit Nationalismus einhergehenden Etatismus vieler Arbeiter.⁸⁴ Nicht nur die bürgerliche oder verbürgerlichte Intelligenz in der rechten SPD, welcher der Nationalstaat Aufstiegsmöglichkeiten bot, konnte als „marginalisierte Elite“⁸⁵ an einem mächtigen, autoritären Nationalstaat materiell interessiert sein. Auch die Arbeiter bzw. Arbeitskraftverkäufer hatten als kleine Warenbesitzer Interesse an staatlichen Eingriffen, die sie vor den großen Kapitalen schützen konnten, und an einem Erfolg ihrer Nation in der politischen wie ökonomischen Weltkonkurrenz. Beide Gruppen – Bewegungselite wie Arbeiter – konnten somit die imperialistisch-nationalistische Formierung ihrer Gesellschaft begrüßen, als Sozialismus mißverstehen und selbst betreiben. Dabei täuschten sie sich mit den heroischen Formeln des Sozialismus und

Kommunismus über ihre eigentlichen Ziele hinweg, so wie es zu ihrer Zeit bürgerliche Revolutionäre mit dem Fundus der griechisch-römischen Antike getan hatten.⁸⁶

Huhn bezeichnet die MSPD ab 1918 als erste nationalsozialistische Partei, die vielleicht nur durch die Aufnahme des rechten Flügels der linkeren USPD 1922 gebremst wurde: „So hielten die zurückkehrenden USPD-Genossen den in Görlitz programmatisch bestimmten Kurs auf, der die Mehrheitssozialdemokratie mit jener Funktion belastet hätte, welche die NSDAP nach 1925 immer bewußter auf sich nahm, seit dem Jahre also, in dem das Heidelberger Programm die Mehrheitssozialdemokratie daran hinderte, allzu offen und allzu bald nationalsozialistisch zu werden. Die sozialen Kräfte, die bis dahin ihre Hoffnungen auf die MSPD gesetzt hatten, mußten sich ab 1925 nach einer anderen Massenbasis umsehen bzw. eine solche finanzieren und organisieren.“⁸⁷

Huhns noch beweisbedürftige Erklärung hat einen Hauptmangel: Sie blendet die entscheidende Rolle der Akzeptanz der NSDAP in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung aus und verlagert die Verantwortung stattdessen auf mysteriöse „soziale Kräfte“, die „finanzieren und organisieren“. Um die Attraktivität des NS zu verstehen, müßten der extreme Nationalismus und v.a. der Antisemitismus als zentrale ideologische Klammer des NS untersucht werden. Für diese Phänomene ist Huhn jedoch nahezu blind. Er hält die Nationalsozialisten und die SPD-Staatssozialisten zwar nicht umstandslos für wesensgleich, doch die gesamte deutsche Gesellschaft – also auch die Sozialdemokratie – hätte Anteil am Zustandekommen des NS gehabt. Nach Huhn leisteten nicht nur politische Fehler, sondern auch bestimmte theoretische Positionen der SPD dem NS strategisch und ideologisch Vorschub.⁸⁸ Für ihn sind staatssozialistische Sozialdemokratie und Nationalsozialismus (und übrigens auch italienischer Faschismus⁸⁹ sowie Leninismus⁹⁰) der Form nach unterschiedliche, jedoch wesensähnliche Ausdrücke ein und derselben historischen Notwendigkeit: Der totalen nationalstaatlichen Durchorganisation warenproduzierender Gesellschaften im Zeitalter von Monopolkapitalismus, Imperialismus und technisiertem Weltkrieg. Sich auf Hilferding berufend, schreibt Huhn dem Bürgertum nur in der Phase seines Kampfes gegen den absolutistisch-merkantilistischen bzw. konstitutionell-protektionistischen Staat eine liberale Tendenz zu. Der gegenwärtige Hochkapitalismus bemächte sich jedoch total der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates, weswegen das Bürgertum notwendig staatsbejahend und antiliberal werde. Staat und Kapital begegneten und durchdrängen sich. Im Zeitalter der Warenproduktion würde der wirtschaftliche Zustand kriegsentscheidend; der Staat interveniere und agiere zunehmend ökonomisch. Die einzelnen Kapitale und Kapitalfraktionen verschmelzen. Schließlich werde der Parlamentarismus überflüssig und durch die direkte Abstimmung zwischen den Chefs der wirtschaftlichen und staatlichen Bürokratie ersetzt.⁹¹ Der NS stelle die ideale Verwirklichung der 1914-1918 unter Kriegsbedingungen erprobten totalen Durchstaatlichung von Wirtschaft und Gesellschaft dar.⁹² Huhn wirft der Sozialdemokratie vor, sie hätte dem NS auch deswegen nichts entgegenzusetzen gehabt, weil sie im Prinzip gleichfalls die ganze Zeit an der „Nationalisierung“ der gesamten Gesellschaft arbeitete – nur eben unter

staatssozialistischen und parlamentarisch-demokratischen Vorzeichen.⁹³ Der Marxismus sei in der gesamten Sozialdemokratie, das heißt im auf Lassalle zurückgehenden Staatssozialismus deutscher wie russischer, reformistisch-demokratischer wie jakobinisch-bolschewistischer Prägung⁹⁴, höchstens eine Verhüllungsideologie für nationalrevolutionäre und imperialistische Ziele gewesen.⁹⁵

Huhns Kennzeichnung der SPD als „nationalsozialistisch“ ist richtig in dem Sinne, daß die Mehrheit der SPD offenbar nationalistisch und staatssozialistisch war. Seine ganze bestechend einfache Theorie vom Zusammenhang zwischen Imperialismus und den „vier großen –Ismen“: Sozialdemokratismus, Bolschewismus, Faschismus und NS läßt zwar klar das Gemeinsame dieser –Ismen aufleuchten, gewährt aber keinen Blick auf ihr jeweiliges Besonderes: Den konkreten Inhalt ihrer gesellschaftspolitischen Konzepte zur Bewältigung der im imperialistischen Zeitalter gestellten Herausforderungen. Es ist ein fundamentaler Unterschied, ob eine etatistische Konzeption einem demokratischen und republikanischen Verständnis von Staat und Nation folgt oder einem völkisch-antisemitischen, daß die Beseitigung des Übels der Welt von der Ausrottung der personifizierten Träger des vermeintlich bösen Prinzips der Abstraktion erhofft.⁹⁶ Huhn kann nicht erkennen, daß der Antisemitismus und Sozialdarwinismus der Nazis mehr ist als, wie er meint: ein „Sozialismus der dummen Kerls“.⁹⁷ Es liegen Welten zwischen dem NS auf der einen und dem Etatismus und Nationalismus der Sozialdemokratie auf der anderen Seite: Die SPD bezog sich auf ein republikanisches Ideal und wollte Minderheiten wie z.B. die Juden integrieren bzw. assimilieren.⁹⁸ Ihr Etatismus sah zwar die Ver- und Durchstaatlichung der Gesellschaft vor, aber der mächtige Staat sollte eine parlamentarische Demokratie sein.⁹⁹ Statt einer deutschen völkischen Revolution, die sich schließlich als industrieller Massenmord an den vermeintlichen Repräsentanten der negativen Aspekte der Moderne¹⁰⁰ sowie an „unwertem Leben“ und als imperialistischer Vernichtungskrieg um „Lebensraum“ vollzog, hatte die Sozialdemokratie tatsächlich die den Werten der Aufklärung verpflichtete Evolution zu einer menschlichen Welt des Friedens und des modernistisch gedachten Fortschritts im Sinn. Gegen die nazistische, barbarische Unterordnung des Individuums ins völkische Kollektiv bewahrten die Sozialdemokraten eine Ahnung individueller Emanzipation, auch wenn dies durch autoritäre, die Arbeit idealisierende und mechanistisch-metaphysische Tendenzen stark getrübt wurde. Immerhin stellten Sozialdemokraten einen wesentlichen Bestandteil der insgesamt schwachen deutschen Widerstandsbewegung von 1933 bis 1945. Die Untersuchungen George L. Mosses zeigen, daß die völkische Ideologie nicht im Arbeitermilieu entstand und dort nie viel Nährboden fand. Vielmehr waren Einzelhändler, Kleinunternehmer, Handwerker, kleine und große Landbesitzer, Bildungsbürger, Lehrer und besonders die bürgerliche Jugend die sozialen Trägerschichten der „völkischen Revolution“.¹⁰¹

Um auf das Gothaer Programm zurückzukommen, so hat Marx Recht behalten mit seiner Warnung vor der nationalen Borniertheit, die Weltmarkt und Weltpolitik nicht mehr angemessen sei: Sozialdemokratie und Gewerkschaften ließen sich in Deutschland für den I. Weltkrieg ein-

spannen. Aber auch Naziherrschaft und II. Weltkrieg können als Ergebnisse des Versagens der Arbeiterbewegung gegenüber dem Nationalismus gesehen werden. Bestimmte Formulierungen des Programms, die teils lassalleanischer Arbeits- und Staatsideologie, teils vielleicht auch sprachlicher Unbeholfenheit und logischer Konfusion entspringen, scheinen seltsam prophetisch: Die „Befreiung der Arbeit“¹⁰² hat der NS in perverser Weise vollzogen. Statt der kommunistischen Aufhebung von Lohnarbeit und Arbeitsteilung tobte sich ganz „befreit“ ein Arbeitswahn aus - nicht nur in Organisationen wie „Kraft durch Freude“, der „Deutschen Arbeitsfront“, der „Organisation Todt“ oder dem System der Zwangsarbeit in Krieg und KZs, sondern auch in dem Projekt der Ausrottung der Arbeitsunfähigen und Arbeitsunwilligen sowie alles „Unwerten“. Dabei zwangen die Nazis ihre Opfer, z.B. die angeblich zu keiner schöpferischen Arbeit fähigen Juden, vor der Ermordung oft zu unsinnigen Arbeiten und bedienten sich neben unzähliger anderer Tötungsarten auch der sogenannten „Vernichtung durch Arbeit“, also der Ermordung von Menschen durch Überanstrengung und Unterernährung. Auch die „freiheitliche Grundlage des Staates“ scheint mit zynischem Humor umgesetzt worden zu sein: Neben dem totalen Führerstaat des NS verblaßt Marx' Warnung, daß gerade ein „freier Staat“ unterdrückend wäre. Böserartiger Weise könnte man auch in HJ, BDM und der sonstigen nationalsozialistischen Durchorganisation der Gesellschaft die vom Gothaer Programm geforderte „gleiche Volkserziehung durch den Staat“ erblicken – durch einen Staat allerdings, der nicht wie von Marx gefordert vom Volke „rau“ erzogen worden war, sondern im Gegenteil die autoritären, bürokratischen und militaristischen Tendenzen Preußen-Deutschlands zum Höhepunkt brachte. Und wo wäre die 1875 von der Sozialdemokratie geforderte „Freiheit der Wissenschaft“ – allerdings in Perversion - mehr gewährt worden als bei den SS-Ärzten und ihren Menschenexperimenten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, wie ja die Nazidiktatur überhaupt eine Blütezeit der Forschung und Entdeckung im Dienste von Staat, Kapital und Kriegführung war? Zwischen dem lassalleanischen Staatssozialismus im Gothaer Programm und dem NS gibt es eine Reihe von Ähnlichkeiten: Bei beiden fällt der Gemeinschaftsgedanke mit Nation und Staat zusammen. Die Nazi-Vorstellung eines hierarchischen Organismus, in dem die Leistungsfähigen an ihrem jeweiligen Platz das Beste für's Volk leisten und dafür vom Kollektiv „gerecht“ belohnt werden, ist nicht weit entfernt vom lassalleanischen Arbeiter-Sozialismus, wo ungleiche Individuen mit ungleicher Leistungsfähigkeit ebenfalls „gerecht“ entlohnt werden – nämlich mit dem „unverkürzten Arbeitsertrag“. Sowohl die nazistische wie die lassalleanische Utopie träumt reaktionär von einem krisenfreien Kapitalismus voller arbeitsamer Warenbesitzer. Etatismus und Nationalismus – wesentliche Merkmale der Lehre Lassalles – blieben in der deutschen Sozialdemokratie wirkmächtig.¹⁰³ Diese ideologischen Einflüsse können allerdings nicht allein dem Lassalleanismus zugerechnet werden, insofern ihre Entstehungsgeschichte bereits lange vor dem Lassalleanismus begann und sie sich noch aus anderen Quellen speisten.¹⁰⁴ Nicht zuletzt waren auch Marx und Engels, wie unten noch zu zeigen sein wird, keineswegs frei von entsprechenden Tendenzen, obwohl diese bei den beiden wesentlich kritischer gebrochen als bei

Lassalle erscheinen. Von der deutschen Sozialdemokratie aus vererbten sich Etatismus und Nationalismus weiter in die internationale Arbeiterbewegung, wobei sie aber dort ebenfalls schon in vielfältiger Weise vorhanden bzw. vorbereitet waren.¹⁰⁵ In Deutschland selbst begünstigten Etatismus und Nationalismus der Sozialdemokratie die Entstehung einer Mentalität innerhalb der Arbeiterbewegung, die den Nazifaschismus zwar nicht ursächlich zu verantworten hatte, seiner relativ leichten Durchsetzung auch innerhalb der Arbeiterklasse aber politisch und kulturell Vorschub leistete. Daß Etatismus, Nationalismus und Idealisierung der Arbeit in der deutschen Sozialdemokratie nicht rückwärtsblickend, sozusagen von Auschwitz aus, als Ursachen des NS betrachtet werden können, sondern vielmehr lediglich als Bestandteile der notwendigen, jedoch nicht hinreichenden Bedingung des NS und seiner Verbrechen zu gelten haben, zeigt das Fehlen der modernen biologistisch-rassistischen sowie völkisch-antisemitischen Ideologie im Lassalleanismus und in der deutschen Sozialdemokratie.¹⁰⁶ Doch wenn Marx am Ende seiner Belehrung der sozialdemokratischen Führer in der „Kritik...“ sagt: „Dixi et salvavi animam meam (ich habe gesprochen und meine Seele gerettet).“¹⁰⁷, so muß heute hinzugefügt werden, daß Marx vielleicht sein Gewissen beruhigen konnte, den staatssozialistischen Trend der deutschen Sozialdemokratie aber nicht zu wenden vermochte. Viel spricht dafür, daß Marx die ganze Tragweite der im Gothaer Programm enthaltenen Tendenzen des Etatismus, Nationalismus und der Idealisierung der Arbeit verkannte. Es ist jedoch unmöglich, daraus einen Vorwurf an Marx zu konstruieren, denn die völkische Radikalisierung des Nationalismus und die Herausbildung moderner antisemitischer und rassistischer Ideologien fällt größtenteils in die Zeit nach seinem Tod.

2.3. Versuch einer Kritik der „Kritik des Gothaer Programms“

Etwaiger Nationalismus von Marx drückt sich nirgendwo in der „Kritik...“ aus.¹⁰⁸ Der Internationalismus bestimmte Marx' ganzes Schaffen. Eine Identifikation mit der Nation und ein Arrangement mit ihren Eliten, wie sie von der staatssozialistischen Mehrheitssozialdemokratie schon Jahre vor 1914 vollzogen wurden, schließt der von ihm angestrebte revolutionäre Staat aus. Allerdings arbeiteten Marx und Engels nie eine Kritik an Nation und Nationalismus aus. Engels' Hinweis auf seine und Marx' nationale Verbundenheit mit der deutschen Arbeiterklasse im Vorwort zur „Kritik...“ ist zumindest ein Anhaltspunkt für eine mögliche nationalistische Tendenz.¹⁰⁹ Im Hinblick auf den gegen Marx aufgrund einiger Textstellen aus „Die Judenfrage“, dem ersten Band des „Kapitals“ und einigen Briefen erhobenen Vorwurf des Antisemitismus scheint durch die Arbeit von Thomas Haury hinreichend geklärt, daß bei Marx zwar Versatzstücke antisemitischer Rhetorik, jedoch keine typischen Merkmale der erst gegen Ende von Marx' Leben entstandenen modernen Ideologie des Antisemitismus anzutreffen sind.¹¹⁰ Zumal die „Kritik...“ zeigt keinerlei Hinweis auf Antisemitismus. Genauso sieht es mit der Idealisierung der Arbeit aus.

Dafür finden sich einige der wenigen konkreten Vorstellungen vom Übergang zu einer kommunistischen Gesellschaft, die Marx je geäußert hat.¹¹¹ Aber auch dieses Wenige bleibt noch sehr ungenau. Gegen den mit praktischen Utopien und „Wundermitteln“ nicht geizenden lassalleanischen Staatssozialismus stellt Marx die wissenschaftliche Frage: Welche einem Staat analogen Funktionen bleiben im Kommunismus übrig; wie sieht die Übergangsphase „revolutionäre Diktatur des Proletariats“ aus? Seiner Theorie nach gibt es zwei Phasen des Kommunismus: Eine erste, die sozusagen noch mit den Eierschalen der alten Gesellschaft behaftet ist, und eine voll entwickelte, in welcher der Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ gilt. In der ersten Phase erhalten die Arbeiter vom proletarischen Staat ein Äquivalent ihrer Arbeitsleistung.¹¹² Bemerkenswerter Weise unterscheidet sich Marx' Konzeption hier nur wenig von der Lassalles – nämlich dadurch, daß anders als bei Lassalles „unverkürztem Arbeitsertrag“ vom durch die Arbeiter erschaffenen Gesamtprodukt diverse gesellschaftlich notwendige Abzüge gemacht werden sollen.¹¹³ Der Mehrwert wird also nicht wie von Lassalle beabsichtigt den Arbeitern zugeeignet, sondern durch die gesellschaftliche Organisation verwaltet. Eben diese Verwaltungsleistung ist die „dem Staat analoge“ Funktion, die in der ersten Phase des Kommunismus übrig bleibt. Welche Voraussetzungen müssen nach Marx erfüllt sein, damit kein Staat mehr nötig ist? Marx nennt: die Überwindung der Arbeitsteilung, damit zusammenhängend die Emanzipation der Arbeit von der mühseligen Plage zur lustvollen Selbstverwirklichung und ersten Lebensäußerung der Menschen und die Entfaltung der Produktivkräfte, d.h. die Erzeugung eines überfließenden materiellen Reichtums der Gesellschaft.¹¹⁴

Marx' Konzeption hält also wie der lassalleanische Etatismus den Staat für notwendig zum Übergang in eine Gesellschaft, welche die Arbeiter emanzipiert. Wie im Staatssozialismus ist der von Marx projektierte proletarisch-revolutionäre Staat wesentlich mächtiger als der des bürgerlichen Liberalismus: Nach den dürren Worten der „Kritik...“ sollen ihm umfassende Funktionen der Regelung von Produktion und Distribution zuwachsen, während sich der Staat nach dem liberalen Ideal auf die Gewährleistung der Geschäftsbedingungen zu beschränken hat. Die entscheidende Differenz zwischen Lassalles und Marx' Modell liegt darin, was für einen Staat sie jeweils konzipierten. Lassalleaner und spätere Staatssozialisten neigten zur Akzeptanz der Monarchie bzw. der diktatorischen Kriegswirtschaft. Was jedoch Marx für einen Staat wollte, geht aus der „Kritik...“ nicht unmittelbar hervor. Zeitlich nah liegt die Schrift „Erster Entwurf zum ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘“ von 1871, in der Marx direktdemokratische Räte für den Übergang zum Kommunismus befürwortet – eine politische Organisation der bewaffneten Arbeiterklasse und ihrer kleinbürgerlichen bzw. bäuerlichen Verbündeten, deren Funktionäre nicht nur materiell den Arbeitern gleichgestellt sind, sondern auch von ihnen kontrolliert und jederzeit abgewählt werden können. Solch Basisdemokratie ist von den autoritären und diktatorischen Attitüden Lassalles und rechter Sozialdemokraten meilenweit entfernt.¹¹⁵

Es scheint jedoch, als sei der Etatismus im Zwei-Phasen-Modell der „Kritik...“ grundsätzlich angelegt. Denn vor dem Hintergrund der Marxschen Aussagen aus den ersten Kapiteln des „Ka-

pital“ und ihrer staats- und rechtstheoretischen Ausführung durch Paschukanis gewinnt die Annahme Wahrscheinlichkeit, daß ein solcher Produktion und Distribution regelnder, jedem Arbeiter ein Äquivalent seiner Leistung garantierender Staat unter den Bedingungen der Arbeitsteilung und der Ungleichheit der Individuen sich notwendig zu einem neuen, sich selbst reproduzierenden und keineswegs in den Kommunismus führenden Herrschaftszusammenhang entwickeln wird - zu einem Staatskapitalismus oder Staatssozialismus. In der „Kritik...“ sieht Marx selbst ganz klar, daß der von ihm für die erste Phase des Kommunismus vorgeschlagene Äquivalententausch zwischen dem Staat der Arbeiter auf der einen und allen einzelnen Arbeitern auf der anderen Seite die neue Gesellschaft in den „engen Rechtshorizont“ der alten, bürgerlichen einzwängt. Denn wenn jeder Arbeiter ein Äquivalent seiner Arbeitsleistung erhalten soll, so muß ein einheitlicher, gesellschaftlicher Maßstab für die Bemessung der konkreten, individuellen Arbeit gefunden werden. Dieser Maßstab wird das Ausmaß und die Intensität geleisteter Arbeit hinsichtlich eines gesellschaftlichen Durchschnitts im Sinne des Leistungsprinzips bewerten. Wie im Kapitalismus wird auch hier von der konkreten Natur des Arbeiters gesellschaftlich abstrahiert; es interessiert nur noch seine Funktion als Arbeitskraft.¹¹⁶ Wie im Kapitalismus Tausch, Markt und Konkurrenz das gesellschaftliche Geltungsverhältnis des Wertes konstituieren, so tut es nach Marx der proletarische Staat in der ersten Phase des Kommunismus. Direkte Demokratie wie bei Marx vorausgesetzt, verliert das Wertgesetz damit zwar seinen anonymen Charakter und seine chaotische, naturwüchsige Verwirklichungsform, bestimmt aber nach wie vor die Vergleichung der Arbeitsleistungen ungleicher Individuen anhand eines gesellschaftlichen Maßstabes.¹¹⁷ Diese zunächst ökonomische Realabstraktion verlange, so Marx, automatisch nach einer durch ein Recht hergestellten politischen, abstrakt-formalen Vergleichung der Individuen zu Rechtssubjekten. Wegen der objektiven Ungleichheit der konkreten Individuen sei jedes gleiche Recht notwendig ein Recht der Ungleichheit. Mit Paschukanis wäre hinzuzufügen: Als System von Zwangsnormen, das von der Gesellschaft über jedes Individuum gelegt wird, trägt jedes Recht notwendig herrschaftlichen Charakter und erweist sich als zwanghafte, entfremdete Form menschlicher Vergesellschaftung.¹¹⁸ Paschukanis spricht aus, was bei Marx nur impliziert wird: Das mit der Aufrechterhaltung von Warenform und – damit einhergehend - Rechtsform in den Beziehungen zwischen revolutionärem Staat und Produzenten die Spaltung des Menschen in einen privaten, natürlichen Menschen und einen öffentlichen, künstlichen Menschen – die Subjektform – notwendig weiterhin gegeben ist. Dem entspricht die gesellschaftliche Aufspaltung in die Produzenten, die wegen der aus der alten Gesellschaft überkommenen Arbeitsteilung voneinander isoliert produzieren und konsumieren und daher partikuläre Interessen entwickeln, und die mit der Verfolgung des allgemeinen Interesses betraute proletarisch-demokratische Staatsmacht.¹¹⁹ Dieses allgemeine Interesse besteht wie oben dargestellt in der Regelung der Distribution nach dem Äquivalentprinzip und der Bestimmung über die Verwendung des Mehrprodukts für soziale Fonds.

Alle Voraussetzungen für permanente Kollisionen des durch den Staat ausgedrückten Allgemeininteresses mit den jeweiligen Privatinteressen der Produzenten und damit für die fortgesetzte Existenznotwendigkeit einer besonderen Staatsmacht sind somit gegeben. Die Arbeiter werden daran interessiert sein, einen möglichst großen Anteil des Mehrprodukts zur individuellen Konsumtion zu bekommen, die Abzüge für gesellschaftlich notwendige Fonds hingegen so gering wie möglich zu halten. Die proletarische Staatsmacht als Repräsentant des allgemeinen Interesses, wonach jedem Arbeiter nicht mehr und nicht weniger als ein Äquivalent seiner Leistung zusteht, muß die Produzenten kontrollieren und das Recht gegen die Einzelinteressen durchsetzen. Wieviel der Staat vom Mehrprodukt für gemeinschaftliche Zwecke abziehen und wie und wo er es verwenden soll, wird im „Staat der revolutionären Diktatur des Proletariats“ Gegenstand basisdemokratischer Mehrheitsentscheidungen, die gegen Minderheiten durchgesetzt werden müssen. Nicht zu vergessen: Das gesellschaftliche Personal der ersten Phase des Kommunismus besteht nicht etwa aus im Marxschen Sinne „gesellschaftlichen“ Menschen, welche die Arbeitsteilung überwunden, die verselbständigten Mächte der gesellschaftlichen Organisation „in sich zurückgenommen“¹²⁰ und die sich allseitig und frei entwickelt haben. Sondern es besteht aus den Menschen der alten Gesellschaft, die sich dank Arbeitsteilung, Tradition, Ideologien und allen anderen mitgebrachten Voraussetzungen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen befinden und daher unterschiedliche und gegenläufige Interessen entwickeln können.¹²¹ Die Gesellschaft liegt ihnen nicht, wie von Marx für die zweite Phase des Kommunismus anscheinend gedacht, transparent und direkt mit ihnen verbunden vor Augen, so daß sie ihr Eigeninteresse rational mit dem der Gesamtheit identifizieren, sondern es mag ihnen erscheinen, als sei die Verletzung des kommunistischen Grundsatzes, wonach die „freie Entwicklung des Einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ ist, unter Umständen ein gangbarer Weg zur Befriedigung partikularer und bornierter Interessen gegen Andere und auf ihre Kosten. Wiewohl es denkbar wäre, daß sich nach einem sicher schwierigen kollektiven Lernprozeß und der Einübung der Prinzipien von Gegenseitigkeit und Solidarität Fragen wie die nach der Höhe der Abzüge für die sozialen Fonds rational-diskursiv und basisdemokratisch lösen ließen, macht der Äquivalententausch also einen arbeitsteilig von der Gesellschaft gesonderten Staat unabdingbar. Hinzu kommt ein anderes Problem: Während im realen Kapitalismus wenigstens ein Teil der Arbeiter die Chance hat, durch den Wechsel seines Arbeitskraftkäufers mehr zur Bezahlung seiner Arbeitskraft oder bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erzielen, wodurch der Ausbeutung auch insgesamt gewisse Grenzen gesetzt werden können¹²², gibt es in Marx' Modell nur den basisdemokratischen Staat auf der einen und die Arbeiter auf der anderen Seite. Der proletarische Staat ist in einer Person Garant des Rechtes der Produzenten auf ihr Äquivalent und Arbeitskraftkäufer, während zumindest im halbwegs zivilisierten Kapitalismus der Staat zwischen Kapitalist und Arbeiter tritt und manchmal auch das Recht des Arbeiters auf Vertragsfreiheit und –einhaltung schützt. In Marx' Modell könnte es dazu kommen, daß die

Produzenten sehr viel mehr als im normalen Kapitalismus der Übermacht der gesellschaftlichen Organisation ausgeliefert sind und von dieser ausgebeutet werden.

Marx selbst weist an der Gothaer Forderung nach staatlicher Kontrolle der Lassalleschen Produktivgenossenschaften nach, daß - die politische Herrschaft des Proletariats in einer radikalen Demokratie vorausgesetzt - eine solche Forderung sinnlos wäre, weil sie auf die eigentlich überflüssige Selbstkontrolle der Produzenten hinausliefe. Wenn jedoch bornierte Einzelinteressen vorherrschen, dann kann keine Selbstkontrolle das Äquivalentprinzip garantieren. Stattdessen wird das Problem durch Arbeitsteilung gelöst werden müssen: Eine bestimmte Gruppe von Menschen muß organisiert und daran interessiert werden, das Allgemeininteresse zu verfolgen und notfalls auch zwangsweise gegen widerstrebende Einzel- oder Gruppeninteressen durchzusetzen. Hier liegt der Keim aller möglichen Gewaltorganisationen: Polizei, Militär, Geheimdienst, Gefängnisse, Lager. Die Revolutions- und Parteiführer und überhaupt die mit rhetorischen und organisatorischen Fähigkeiten ausgerüsteten Intellektuellen und Gelehrten können am ehesten glaubhaft machen, einen Gesamtüberblick zu haben und das Allgemeininteresse zu verkörpern. Sie sind prädestiniert, das neue Staatspersonal, die neue Bürokratie zu werden. Die Bürokratie definiert Huhn als Institution für die geistigen Arbeiten einer Gesellschaft. Schon der englische Sozialist G. B. Shaw vermutete, daß der „begabte Geistesarbeiter der letzte Ausbeuter der Gesellschaft sein wird“.¹²³ Die Arbeitsteilung, deren Aufhebung Marx in der „Kritik...“ nicht umsonst als notwendige Voraussetzung des voll entwickelten Kommunismus bestimmt hatte, entpuppt sich also schließlich auf dreierlei Weise als entscheidendes Problem des Übergangs zum Kommunismus: Erstens als ökonomische Ursache der Entstehung partikularer und bornierter Interessen, zweitens als notwendige Arbeitsteilung zwischen dem Staat als Garanten des Äquivalententauschs und Leiter der Distribution einerseits und der Gesellschaft andererseits und drittens als Problem der Trennung zwischen körperlicher und geistiger sowie zwischen auf die Gesamtgesellschaft bezogener und auf gesellschaftliche Einzelbereiche ausgerichteter Arbeit.¹²⁴ Selbst günstigste Bedingungen angenommen, scheint im Marxschen Modell der ersten Phase des Kommunismus ein großes Risiko der Entstehung eines arbeitsteilig von der Gesellschaft abgespaltenen und über ihr stehenden Staates samt einer neuen Machtelite und damit die Gefahr der Entwicklung einer neuen Klassengesellschaft gegeben. Die Erfahrungen der bisherigen kommunistisch inspirierten Revolutionen, die sich wie Lenins „Staat und Revolution“ zumindest in Teilen nach dem Modell der „Kritik...“ richteten, zwingen dazu, diese Gefahr ernstzunehmen.

In der Schrift „Das Elend der Philosophie“ polemisiert der frühe Marx gegen den Prediger der krisenfreien, einfachen Warenproduktion Proudhon mit dem Argument, dieser mache das Wertgesetz, den Äquivalententausch, zur Grundlage seiner Gesellschaftsutopie. Dadurch werde diese Utopie reaktionär, denn die Vergleichen über den Wert sei prinzipiell nicht tauglich zur Grundlegung einer befreiten Gesellschaft, sondern vielmehr gerade die Basis der bürgerlichen Gesellschaft. Aus ihm resultierten alle Krisen und alles Elend der kapitalistischen Moderne,

aber auch ihre Segnungen, so die Erzeugung eines gewaltigen materiellen Reichtums, der es erstmals in der Geschichte denkbar mache, die Arbeits- und Klassenteilung aufzuheben. Wer das Wertgesetz gegen die Konkurrenz, große Industrie und Kapitale geltend machen wolle, um die Gesellschaft in einen idealen Zustand zu versetzen, untergrabe gerade die Voraussetzungen der Emanzipation. Diese erfordere es hingegen, mit dem Tausch aufzuhören. Vehement kritisiert Marx Proudhons Vorhaben einer sozusagen politischen Konstitution des Wertes unter Ausschaltung von Markt (Angebot und Nachfrage) und Konkurrenz.¹²⁵ Diese Argumentation läßt sich gegen das Modell der „Kritik...“ wenden, wo der Äquivalententausch gleichfalls beibehalten werden soll – nur eben zwischen einem vergleichsweise umfassenden Staat und einzelnen Produzenten anstatt in Form einer warenproduzierenden Gesellschaft wie bei Proudhon. Aber auch in dieser Variante eignet sich das Prinzip der gesellschaftlichen Vergleichung konkreter, individueller Arbeit nicht zur Erreichung des Kommunismus. Die logische Konsequenz aus der Kritik Proudhons wäre die direkte und sofortige Verwirklichung des Prinzips: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“. Im „Ersten Entwurf zum ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘“ fehlt die Idee des Äquivalententausch und Distribution regelnden Arbeiterstaates. Stattdessen propagiert Marx eine direkte Demokratie der bewaffneten Arbeiter und ihrer Verbündeten, die nicht etwa eine ökonomische Vorstufe des Kommunismus einführen, sondern vielmehr die rationalste und unblutigste Verlaufsform des Übergangs ermöglichen soll. Und dieser Übergang, so wäre zu folgern, muß in der Aufhebung von Tausch, Staat und Arbeitsteilung bestehen.¹²⁶

Allerdings gibt es gute Gründe für die vorläufige Aufrechterhaltung des Leistungsprinzips: Wie schon oben dargestellt muß angenommen werden, daß sich zumindest ein beträchtlicher Teil der Menschen an partikular-bornierten Interessen orientiert. Eine Situation, in der zuviele zuviel konsumieren und zu wenige arbeiten, kann nicht ausgeschlossen werden. Weiter: Die Menge der zur Verfügung stehenden materiellen Güter, egal ob zur individuellen oder gemeinschaftlichen Konsumtion, ist objektiv begrenzt, die Höherentwicklung menschlicher Bedürfnisse hingegen prinzipiell unbegrenzt. Auch einer kommunistischen Gesellschaft wird daher an einer Akkumulation von Produktivkräften gelegen sein. Mit anderen Worten: „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ geht nicht, wenn nicht auch „jeder nach seinen Fähigkeiten“ produktiv tätig ist. Um dem Dilemma zu entkommen, wäre es vielleicht möglich, daß die politische Organisation der revolutionären Bevölkerung unbeschränkte Zugangsrechte zum gesellschaftlichen Reichtum für alle produktiv Tätigen erteilt, anstatt die Distribution des zum individuellen Konsum bestimmten Teils des Mehrprodukts nach dem Tauschprinzip zu organisieren – vorausgesetzt, auch jede heute unbezahlte produktive Tätigkeit berechtige zum Zugang. So bliebe die Konsumtion an eine produktive Leistung gebunden, es entfielen aber die in Marx' Modell vom Staat zu bewerkstellende gesellschaftliche Vergleichung der individuellen Arbeiten mittels eines einheitlichen Maßstabes. Aber auch mit dieser Lösung wäre die Verwirklichung des Kommunismus noch notwendig verwiesen auf die Bedingungen in der „Kritik...“: Verwandlung der Arbeit von einer

Mühsal in eine Freude und Aufhebung der Arbeitsteilung. Ohnedies bestünde trotzdem die Gefahr, daß „die ganze alte Scheiße“¹²⁷ wieder von vorn anfängt.

Die vorgeschlagene Lösung ist angesichts des heutigen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte eher denkbar als zu Marx Zeiten. Vielleicht liegt in der vergleichsweise geringeren Größe der Produktivkräfte, die Marx vor Augen hatte, der wesentliche historische Grund dafür, daß er bürgerliche Rechtsform und Tauschprinzip für die Phase des Übergangs zum voll entwickelten Kommunismus für notwendig hielt. Eine Beantwortung der Frage, wie dieser Übergang aussehen kann und ob er überhaupt möglich ist, kann jedoch nicht theoretisch, sondern nur praktisch erfolgen – was in der gegenwärtigen Epoche unwahrscheinlich ist.

3. Schluß

3.1. Fazit

Ausgehend von der großenteils sehr summarischen Kritik Marx' an den lassalleanischen und demokratistischen Gehalten des Gothaer Programms wurde zu Beginn eine materialistische Kritik am Staatssozialismus Lassalles und an der Idealisierung der Arbeit teils auf Marx gestützt rekonstruiert, teils über Marx hinaus weitergeführt. Lassalles ökonomische Theorien – „unverkürzter Arbeitsertrag“, „Ehernes Lohngesetz“ und staatlich kreditierte Produktivgenossenschaften – sowie die politischen Grundzüge seiner Lehre – Etatismus, Autoritarismus, Nationalismus – erklärten sich als Ideologie deutscher Arbeiter in ihrer gesellschaftlichen Natur als kleine Warenbesitzer, d.h. Arbeitskraftverkäufer, die an einem nach außen und innen starken Nationalstaat interessiert sind, um möglichst gute Verwertungsbedingungen ihrer Arbeitskraft zu erzielen. Größtenteils auf Grundlage der Beiträge des libertären Marxisten Willy Huhn wurde dann das Fortbestehen und schließliche Obsiegen staatssozialistischer und nationalistischer Tendenzen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie bis zum Anfang der Weimarer Republik verfolgt. Es zeigte sich, daß die Geschichtsmetaphysik der SPD-Marxisten, welche die zunehmende Zentralisierung und Totalisierung der gesellschaftlichen Organisation im imperialistischen Zeitalter als Fortschritt zum etatistisch gedachten Sozialismus verstand, gemeinsam mit der lassalleanischen Tradition zum „Burgfrieden“ im I. Weltkrieg beitrug, wobei rechte Sozialdemokraten die Kriegswirtschaft und den totalen Staat der Kriegszeit als „Kriegssozialismus“ in der verwirklichten deutschen „Volksgemeinschaft“ begrüßten. Der Staatssozialismus blieb bis zum Ende der Weimarer Republik immer wieder anschlussfähig für nationalistische und imperialistische Kooperationen mit den deutschen Eliten und der Rechten. Es gibt keinen Grund zu bezweifeln, daß die etatistischen, nationalistischen und die Arbeit idealisierenden Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung die Durchsetzung des NS erleichtert haben, dem auch die Arbeiterklasse nur

relativ wenig Widerstand entgegengesetzte. Abweichend von Willy Huhn mußte jedoch der Unterschied zwischen dem völkisch-antisemitischen NS und der Sozialdemokratie markiert werden, die trotz des Strebens nach einem nationalen Sozialismus mehrheitlich nicht biologistisch-rassistisch und völkisch-antisemitisch ausgerichtet war. Antisemitische, rassistische und völkische Ideologien sind bei Lassalle, Marx, Engels und Lenin überhaupt kaum ausgeprägt.

Während sich in Marx' „Kritik des Gothaer Programms“ keinerlei Hinweise auf nationalistisches oder die Arbeit idealisierendes Gedankengut finden lassen, scheint in seinem dort entwickelten Zwei-Phasen-Modell des Kommunismus der Etatismus als Potential angelegt. Auf Grundlage der staats- und rechtstheoretischen Überlegungen des Bolschewiken Jewgeni Paschukanis sowie anhand einiger Äußerungen von Marx selbst wurde zum Schluß der Arbeit das Marxsche Modell fundamental kritisiert: Wenn, wie von Marx vorgesehen, die Produzenten vom proletarischen Staat ein Äquivalent ihrer Arbeitsleistung erhalten, so bleiben Waren- und Rechtsform in Geltung. Unter den Bedingungen der aus der alten Gesellschaft übernommenen Arbeitsteilung und konkurrierender Interessen der Gruppen und Individuen folgt daraus die arbeitsteilige Abspaltung eines über der Gesellschaft stehenden Staates, der das Allgemeininteresse bzw. Recht gegen Widerstrebende durchzusetzen hat. Dieser Staat wäre wesentlich mächtiger als der vom bürgerlichen Liberalismus konzipierte. Unter Umständen ermöglicht er eine stärkere Ausbeutung der Arbeiter als der normale kapitalistische Staat. Die aus der vorrevolutionären Gesellschaft übernommene Teilung zwischen körperlicher und geistiger, zwischen politischer und nicht-politischer Arbeit legt die Vermutung nahe, daß sich eine Elite politischer Führer und Intellektueller als Staatspersonal konstituieren wird, worin der Keim eines neuen, sich selbst reproduzierenden Herrschaftszusammenhanges, einer neuen Klassengesellschaft liegt. Diese Befürchtung wird durch die Erfahrung mit den gewesenen kommunistisch inspirierten Revolutionen, die sämtlich in neuen Unterdrückungsregimen endeten, bekräftigt.

Als Ausweg scheint nur noch eine an Marx' Worten über die Pariser Kommune angelehnte Lösung übrigzubleiben: Anstatt den revolutionären Staat zum Verwalter von Distribution und Produktion zu machen, sollte er als Organisation der Revolutionäre sozusagen direkt den Übergang zum kommunistischen: „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ vollziehen. Hinsichtlich der trotzdem wahrscheinlich vorläufig notwendigen Fortexistenz des Leistungsprinzips wurde schließlich vorgeschlagen, die Distribution des Mehrprodukts in der Phase des Übergangs zum Kommunismus nicht nach dem Tauschprinzip, sondern in Form unbeschränkter, jedoch an die Erbringung gesellschaftlich nützlicher Leistungen gekoppelter Zugangsberechtigungen zu organisieren. Auch dieser Lösungsvorschlag führt jedoch nicht an den von Marx in der „Kritik...“ formulierten Voraussetzungen eines voll entwickelten Kommunismus vorbei: Der Verwandlung der Arbeit aus einer Plage in eine Lust, der Aufhebung der Arbeitsteilung sowie der Erzeugung materiellen Überflusses.

3.2. Desiderata

Diese Arbeit hat eine Fülle von Fragen aufgeworfen. Besonders interessant mag das Thema der Arbeits-Idealisierung sein. Derartige sowie nationalistische Tendenzen in der Arbeiterbewegung und womöglich auch bei Marx und Engels müßten umfassend rekonstruiert und kritisiert werden. Weiter wäre über die verstreuten Schlaglichter Willy Huhns hinaus eine Untersuchung der Wirkung des Etatismus und Nationalismus in der Arbeiterbewegung auf breiter empirischer Basis sehr wünschenswert, besonders was die schon immer umstrittene Frage nach der Akzeptanz des NS in der deutschen Arbeiterklasse betrifft. Das auf Staatssozialismus gerichtete Erkenntnisinteresse Huhns sollte auch außerhalb Deutschlands verfolgt werden, v.a. in Bezug auf Leninismus, Stalinismus und Maoismus.

Ein riesiges und spannendes Feld sind die theoretischen Fragen des Übergangs zum Kommunismus. Wie soll man sich die Aufhebung der Arbeitsteilung vorstellen? Als Verwandlung aller Menschen in Universalgenies? Wie soll umfassende Selbstverwaltung in einer hochkomplexen, verwissenschaftlichten und technisierten Gesellschaft umgesetzt werden; inwieweit kann der gesellschaftliche Zusammenhang transparent werden, ohne die Einzelnen zu überfordern? Diese Fragen sind allerdings letztlich nur praktisch, also durch kommunistische Revolution zu beantworten, die mindestens in den nächsten Jahrzehnten ausgeschlossen scheint. So kann die Untersuchung hier nur mit dem Marx-Spruch enden: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern.“¹²⁸

4. Quellen und Literatur

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt/M., New York, 1996.

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: Marx, Karl; Engels, Friedrich: Ausgewählte Werke. Zusammengestellt und eingerichtet von Bertram, Mathias. Directmedia, Berlin 1998. Digitale Bibliothek Band 11 (CD-Rom, im Folgenden: DB), 7632-8243, MEW Bd. 20, 5-303.

Ders.: Über den Antisemitismus. In: DB 13456-13460, MEW Bd. 22, 49-51.

Ders.: Vorwort (zur Erstausgabe der „Kritik des Gothaer Programms“ 1891). DB 13159/60, MEW, Bd. 19, 521/22.

Gruber, Alex; Ofenbauer, Tobias: Der Wert des Souveräns. Zur Staatskritik von Eugen Paschukanis. In: Paschukanis, 7-25.

Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg, 2002.

Huhn, Willy: Bilanz nach zehn Jahren (1929-1939). (Aus dem Nachlaß des Autors, geschrieben 1939, zuerst veröffentlicht 2003, im Folgenden: Huhn, Bilanz, Seitenzahl.) In: **Ders.:** Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus. Mit einem Vorwort von Clemens Nachtmann, einer biographischen Notiz von Christian Riechers (zuerst erschienen 1981), einer bibliographischen Information von Ralf Walter, einer Nachbemerkung von Joachim Bruhn. Freiburg 2003, 85-174 (im Folgenden: Huhn).

Ders.: Etatismus – „Kriegssozialismus“ - „Nationalsozialismus“ in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie. (Ersterscheinung 1952, im Folgenden: Huhn, Etatismus, Seitenzahl.) In: Huhn, 27-83.

Lenin, Vladimir I.: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (Auszug). In: **Ders.:** Ausgewählte Werke Bd. 2, Berlin 1979, 319-335, 386-404.

Marx, Karl: Brief an Bracke. In: **Ders.:** Kritik des Gothaer Programms, DB 13161-13163, MEW Bd. 19, 13/14).

Ders.: Das Elend der Philosophie. DB 2309-2572, MEW Bd. 4, 65-182 (im Folgenden: Marx, Elend, Seitenzahl).

Ders.: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals. DB 3310-4462, MEW Bd. 23, 3-802.

Ders.: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. In: DB 11613-11806, MEW Bd. 8, 111-207.

Ders.: Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ [Auszug]. In: MEAW IV, Ostberlin 1984, 5-43. (Im Folgenden: Marx, Bürgerkrieg, Seitenzahl.)

Ders.: Kritik des Gothaer Programms. DB 13158-13201, MEW Bd. 19, 11-32 (Im Folgenden: Marx, Gotha, Seitenzahl).

Ders.: Thesen über Feuerbach. DB S. 818-831, MEW Bd. 3, 5-535.

Ders.: Zur Judenfrage. DB 426-486, MEW Bd. 1, 347-377.

Marx, Karl; Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. DB 1261-2307, MEW Bd. 3, 11-530 (im Folgenden: Marx/Engels: Ideologie, Seitenzahl).

Dies.: Manifest der Kommunistischen Partei. DB 2573-2681, MEW Bd. 4, 1-493 (im Folgenden: Marx/Engels, Manifest, Seitenzahl).

Mosse, George L.: Die Völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus (Im Original: The Crisis of German Ideology). Aus dem Amerikanischen von Renate Becker, Frankfurt/M. 1991 (Erstauflage New York 1964, im Folgenden: Mosse).

Paschukanis, Eugen: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe. Aus dem Russischen von Edith Hajós, eingeleitet von Alex Gruber und Tobias Ofenbauer, mit einer biographischen Notiz von Tanja Walloschke, Freiburg 2003 (im Folgenden: Paschukanis, Seitenzahl).

Postone, Moishe: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch. (http://www.krisis.org/m-postone_nationalsozialismus-und-antisemitismus.html – 25.11.2004)

5. Abkürzungen

ADAV – Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein

BDM – Bund deutscher Mädchen

DB – Marx, Karl; Engels, Friedrich: Ausgewählte Werke. Zusammengestellt und eingerichtet von Bertram, Mathias. Directmedia, Berlin 1998. Digitale Bibliothek Band 11 (CD-Rom).

ders. – derselbe

dies. – dieselben

ebd. – ebenda

ggf. - gegebenen Falls

HJ – Hitlerjugend

Jh. – Jahrhundert

KPD – Kommunistische Partei Deutschlands

MEAW – Marx Engels Ausgewählte Werke

MEW – Marx Engels Werke

(M-) SPD – (Mehrheits-) Sozialdemokratische Partei Deutschlands

NS – Nationalsozialismus

NSDAP – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

OHL – Oberste Heeresleitung

SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

USPD – Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

6. Endnoten

¹ Im Folgenden: „Kritik...“.

² S. Lenin: „Staat und Revolution“, 394ff.

³ Huhn kam Anfang der 1930er Jahre von der sozialistischen Gewerkschafts- und Jugendbewegung zur SPD-Linksabspaltung SAP (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands). Noch vor der Machtübertragung an die Nazis wurde er, der zeit seines politischen Lebens intensiv autodidaktisch-wissenschaftlich arbeitete, aber immer zwischen allen ideologischen Stühlen saß, wegen Kritik am Leninismus und Stalinismus ausgeschlossen. Nach Einstellung eines illegalen Theoriezirkels verlebte Huhn die meisten Jahre der Nazizeit als einsamer linker Gelehrter, wobei ein Teil der hier genutzten Schriften entstand. In den Jahren 1945/46 arbeitete er in der Sowjetischen Besatzungszone Berlins als Volkshochschullehrer, ging aber dann nach Westberlin, wo er nach kurzer Tätigkeit an SPD-Partei- sowie Volkshochschulen bis zu seinem Tod in den 70ern einem quasi-Berufsverbot unterlag und am Rande der rätekommunistischen Bewegung aktiv war. Seine Werke erschienen neben wenigen regulären Auflagen verstreut in schwer zugänglichen linksradikalen Zeitschriften der 40er, 50er, 60er und 70er; der Großteil ist unveröffentlicht und liegt mit dem Nachlaß im Amsterdamer Archiv für Zeitgeschichte (nach der biographischen Notiz von Christian Riechers in: Huhn, 191-196).

⁴ Im Folgenden: NS.

⁵ S. Huhn, Bilanz, 159-163.

⁶ S. v.a. die Kap. IV („Ware und Subjekt“, 109-133) und V („Recht und Staat“, 134-150); außerdem auch 36-46. - Auch Paschukanis ist historisch fast unbekannt, dabei war der im zaristischen Rußland ausgebildete Jurist und Alt-Bolschewik von 1918 bis zum Beginn der großen Mordkampagne Stalins 1936 der oberste sowjetische Rechtsgelehrte, dessen o.g. Buch auch zum Lehrstoff der Jura-Studenten zählte. Er wurde 1936 beseitigt, sein konkretes Schicksal ist unbekannt. Paschukanis wurde wahrscheinlich erschossen, weil er sich vielleicht, mit der Ausarbeitung eines neuen sowjetischen Gesetzbuches beauftragt, für die Aufhebung der Todesstrafe einsetzte, um den Terror Stalins zu zügeln. Nach 1956 rehabilitierte ihn Chruschtschow formell, ohne aber sein Werk, daß die Fortsetzung autoritärer Staatlichkeit in der Sowjetunion delegitimiert hätte, wieder breiterer Rezeption zugänglich zu machen (nach der biographischen Notiz von Tanja Walloschke. In: Paschukanis, 195-204).

⁷ Im Folgenden: ML.

⁸ Paschukanis, 121: „Der Tauschakt konzentriert folglich wie in einem Brennpunkt die sowohl für die politische Ökonomie als auch für das Recht wesentlichsten Momente.“

⁹ S. ebd., 139: „...warum bleibt die Klassenherrschaft nicht das, was sie ist, das heißt die faktische Unterwerfung eines Teils der Bevölkerung unter den anderen? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlichen Herrschaft an, oder – was dasselbe ist – warum wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?“

¹⁰ „Daß man in der Tat unter »Staat« die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft gesonderten, eignen Organismus bildet...“ (Marx, Gotha, 13194, MEW Bd. 19, 29).

¹¹ S. Paschukanis, 59, wo die „Kritik...“ zustimmend zitiert wird. Wichtig ist Paschukanis' Hinweis, daß Marx' Modell in der „Kritik...“ einen wesentlich höheren Stand der Produktivkräfte voraussetze als im vormals zaristischen Rußland seinerzeit gegeben. Die russische Revolution beginne also noch unterhalb des Modells der „Kritik...“ an und sei deshalb noch mehr als dieses auf die vorläufige Beibehaltung bürgerlicher Rechts- und Staatsformen angewiesen.

¹² Gruber/Ofenbauer, 19ff. (These IV).

¹³ Aus presserechtlichen Gründen und weil ihm Marx' ursprüngliche Schärfe durch die inzwischen vergangene Zeit überflüssig vorkam milderte Engels den Wortlaut an mehreren Stellen ab. Diese Schärfe würde durch die nationale Verbundenheit Marx' und seiner selbst mit der deutschen Arbeiterbewegung sowie den damaligen Kampf gegen die Bakunisten entschuldigt. Die Bakunisten hätten nur darauf gewartet, Marx und Engels die Urheberschaft am Programm anzulasten. (Engels, Vorwort, 13159/60, MEW Bd. 19, 520/21). Auch Marx erwähnt die Auseinandersetzung mit Bakunin als Motiv der Schrift und formuliert eine harsche Manöverkritik: Bebel, Liebknecht & Co. hätten ihre starke Position gegenüber den kriselnden Lassalleanern nicht ausgenutzt, sondern ihnen zu viel zugestanden. Statt einem verlustreichen Kompromiß über Grundsätze wäre nur ein Aktionsbündnis anzustreben gewesen. Die „Eisenacher“ Chefs hätten innerparteilichen Widerspruch durch Nichtabhaltung eines Parteikongresses vor der Vereinigung unterbinden wollen, während die Lassalleaner einen solchen durchführten und sich so einen Verhandlungsvorteil verschafften. Die „Eisenacher“ müßten es sich nun selbst zuschreiben, wenn die „Welt“ sie für ihr Zurückfallen hinter laut Marx bereits erreichte Einsichten kritisiere (Marx; Brief an Wilhelm Bracke, 13161-13163, MEW Bd. 19, 13/14).

¹⁴ Marx, Gotha, 13177, MEW Bd. 19, 22.

¹⁵ (Ebd., 13164, MEW Bd. 19, 15.)

¹⁶ Der Gothaer Text: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern.“ Vgl. die im Text der „Kritik...“ folgenden Bemerkungen Marx' (Marx, Gotha, 13164/65, MEW Bd. 19, 15/16).

¹⁷ S. Marx, Gotha, 13169, MEW Bd. 19, 18.

¹⁸ So auch in § 4: „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein...“ (Marx, Gotha, 13178, MEW Bd. 19, 22).

¹⁹ S. Marx, Gotha, 13169-13171, MEW Bd. 19, 18-20.

²⁰ „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (Marx, Gotha, 13176, MEW Bd. 19, 21.)

²¹ S. Marx, Gotha, 13171/72, MEW Bd. 19, 18/19.

²² S. ebd., 13177/78, MEW Bd. 19, 22.

²³ So lautet die entsprechende Passage des Gothaer Programms: „Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft; die Aufhebung des Lohnsystems mit dem ehernen Lohngesetz und der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“ (ebd., 13183, MEW Bd. 19, 24.)

²⁴ S. Marx, Gotha, 13184-13186, MEW Bd. 19, MEW Bd. 19, 25/26.

²⁵ S. ebd., 13172/73, MEW Bd. 19, 19/20.

²⁶ S. Marx: „Das Kapital.“ Bd. 1, 4101-4112, MEW Bd. 23, 557-564 (Kap. VI „Der Arbeitslohn“, Abschnitt 17 „Verwandlung von Wert resp. Preis der Arbeitskraft in Arbeitslohn“).

²⁷ Diese Problematik wird in folgender Passage aus „Das Elend der Philosophie“ berührt: „Alle »egalitären« Folgerungen, welche Herr Proudhon aus der Theorie Ricardos zieht, beruhen auf einem fundamentalen Irrtum. Er verwechselt nämlich den durch die aufgewendete Arbeitsmenge bestimmten Warenwert mit dem Warenwert, bestimmt durch den »Wert der Arbeit«. Wenn diese beiden Arten, den Wert der Waren zu messen, dasselbe ausdrückten, so könnte man unterschiedslos sagen: Der Wert irgendeiner Ware wird gemessen durch die in ihr verkörperte Arbeitsmenge; oder aber: er wird gemessen durch die Menge von Arbeit, die er zu kaufen imstande ist; oder endlich: er wird gemessen durch die Menge von Arbeit, welche ihn zu erwerben vermag. Aber dem ist bei weitem nicht so. [...] Es widerspricht somit den ökonomischen Tatsachen, den Wert der Lebensmittel durch den Wert der Arbeit zu messen; das hieße, sich in einem fehlerhaften Kreislauf bewegen, den relativen Wert durch einen relativen Wert bestimmen, der seinerseits erst wieder bestimmt werden muß. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr Proudhon diese beiden Maßstäbe durcheinander wirft: die zur Herstellung einer Ware notwendige Arbeitszeit und den Wert der Arbeit... (Marx, Elend 2374/75, MEW Bd. 4, 86/87). Und weiter: „Wenn Herr Proudhon den Wert der Waren durch die Arbeit mißt, so überkommt ihn ein unbestimmtes Gefühl, daß es unmöglich ist, die Arbeit, soweit sie einen Wert hat, die Ware Arbeit, nicht auch diesem selben Maßstab zu unterwerfen. Er ahnt, daß er damit das Lohnminimum zum natürlichen und normalen Preis der unmittelbaren Arbeit stempelt, daß er also den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft akzeptiert. Und so, um sich dieser fatalen Konsequenz zu entziehen, macht er kehrt und behauptet, daß die Arbeit keine Ware ist, daß sie keinen Wert haben kann. Er vergißt, daß er selbst den Wert der Arbeit als Maßstab genommen hat; er vergißt, daß sein ganzes System auf der Ware Arbeit beruht, auf der Arbeit, die man verschachert, kauft und verkauft, die sich austauscht gegen Produkte etc., auf der Arbeit endlich, die unmittelbar Einkommensquelle des Arbeiters ist - er vergißt alles.“ (Ebd., 2380/81, MEW Bd. 4, 89.)

²⁸ „Wie dem jedoch sei, wird sie [die Nachwelt – M.W.] es sehr naiv finden, daß Herr Proudhon das als »revolutionäre Zukunftstheorie« hinstellt, was Ricardo wissenschaftlich nachgewiesen hat als die Theorie der gegenwärtigen, der bürgerlichen Gesellschaft, und daß er somit als Auflösung der Antinomie zwischen Gebrauchswert und Tauschwert das annimmt, was Ricardo und dessen Schule lange vor ihm als die wissenschaftliche Formel der einen Seite der Antinomie, des Tauschwertes, aufgestellt haben. Ricardo nimmt seinen Ausgangspunkt aus der bestehenden Gesellschaft, um uns zu zeigen, wie sie den Wert konstituiert; Herr Proudhon nimmt als Ausgangspunkt den konstituierten Wert, um vermittelt dieses Wertes eine neue soziale Welt zu konstituieren. Für Herrn Proudhon muß der konstituierte Wert sich im Kreis bewegen und für eine bereits auf Grund dieses Wertmaßstabes völlig konstituierte Welt neuerdings konstituierend werden. Die Bestimmung des Wertes durch die Arbeitszeit ist für Ricardo das Gesetz des Tauschwertes; für Herrn Proudhon ist sie die Synthesis von Gebrauchswert und Tauschwert. Ricardos Theorie der Werte ist die wissenschaftliche Darlegung des gegenwärtigen ökonomischen Lebens; die Werttheorie des Herrn Proudhon ist die utopische Auslegung der Theorie Ricardos...“ (ebd., 2360-2366, MEW Bd. 4, 78-82).

²⁹ „Um das rechte Verhältnis zu finden, nach welchem die Arbeiter an den Produkten teilhaben sollen, oder, mit anderen Worten, um den relativen Wert der Arbeit zu bestimmen, sucht Herr Proudhon einen Maßstab für den relativen Wert der Waren. Um den Maßstab für den relativen Wert der Waren zu bestimmen, weißer nichts Besseres auszuklügeln, als uns als Äquivalent für eine gewisse Menge von Arbeit die Summe der durch sie geschaffenen Produkte hinzustellen, was vermuten läßt, daß die ganze Gesellschaft aus nichts als Arbeitern besteht, die als Lohn ihr eigenes Produkt bekommen. In zweiter Linie behauptet er die Gleichwertigkeit der Arbeitstage der verschiedenen Arbeiter als Tatsache, mit einem Wort, er sucht den Maßstab für den relativen Wert der Waren, um zur gleichen Entlohnung der Arbeiter zu gelangen, und nimmt die Gleichheit der Löhne als bereits fertige Tatsache hin, um sich auf die Suche nach dem relativen Wert der Waren zu machen.“ (Ebd., 2376/77, MEW Bd. 4, 87.)

³⁰ S. Marx, Gotha, 13196, MEW Bd. 19, 31.

³¹ Paschukanis, 142/43: „Insofern die Gesellschaft einen Markt darstellt, realisiert sich die Staatsmaschine tatsächlich als unpersönlicher Gesamtwille, als Macht des Rechts usw. Auf dem Markt ist [...] ein jeder Erwerber und Veräußerer Rechtssubjekt par excellence. [...] Der Zwang als der auf Gewalt gestützte Befehl eines Menschen an einen anderen widerspricht der Grundvoraussetzung des Verkehrs zwischen Warenbesitzern. Darum kann in einer Gesellschaft von Wa-

renbesitzern und innerhalb der Schranken des Tauschaktes die Funktion des Zwanges nicht als gesellschaftliche Funktion auftreten, da sie nicht abstrakt und unpersönlich ist. Die Unterwerfung unter einen Menschen als solchen, als konkretes Individuum, bedeutet für die warenproduzierende Gesellschaft Unterwerfung unter eine Willkür, denn sie fällt für diese mit der Unterwerfung des einen Warenbesitzers unter den anderen zusammen. Darum kann auch der Zwang hier nicht in seiner unmaskierten Form [...] auftreten. Er muß vielmehr auftreten als ein von einer abstrakten Kollektivperson ausgehender Zwang, der nicht im Interesse des Individuums, von dem er ausgeht, ausgeübt wird – denn jeder Mensch ist in der warenproduzierenden Gesellschaft egoistisch – sondern im Interesse aller am Rechtsverkehr Beteiligten.“

³² „Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volks. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“ (Marx, Gotha, 13187, MEW Bd. 19, 26.)

³³ „Nach dem Lassalleschen »ehernen Lohngesetz« das Heilmittel des Propheten! Es wird in würdiger Weise »angebahnt«! An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase - »die soziale Frage«, deren »Lösung« man »anbahnt«. Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft »entsteht« die »sozialistische Organisation der Gesamtarbeit« aus der »Staatshilfe«, die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die er, nicht der Arbeiter, »ins Leben ruft«. Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanleihen ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn! [...] Aus einem Rest von Scham stellt man »die Staatshilfe« - »unter die demokratische Kontrolle des arbeitenden Volks«. Erstens besteht »das arbeitende Volk« in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern. Zweitens heißt »demokratisch« zu deutsch »volksherrschaftlich«. Was heißt aber »die volksherrschaftliche Kontrolle des arbeitenden Volkes«? Und nun gar bei einem Arbeitervolk, das durch diese Forderungen, die es an den Staat stellt, sein volles Bewußtsein ausspricht, daß es weder an der Herrschaft ist, noch zur Herrschaft reif ist!“ (Marx, Gotha, 13187/88, MEW Bd. 19, 26/27.)

³⁴ „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels, Manifest, 2649, MEW Bd. 4, 482.)

³⁵ „»Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat...“ (Marx, Gotha, 13183, MEW Bd. 19, 24). „A. »Freiheitliche Grundlage des Staats«“ (ebd., 13190, MEW Bd. 19, 27).

³⁶ S. ebd., 13190ff., MEW Bd. 19, 27ff.

³⁷ S. Huhn, Etatismus, 31-35: Neben abfälligen Urteilen von Bismarck und Eduard Bernstein über Größenwahn und Herrschsucht Lassalles finden sich dort Passagen der Ronsdorfer Rede vor dem ADAV vom 22.05.1864, die an ein Führerprinzip erinnern: Die Arbeiter sollten ihre Willen vereinigen und an einen ihnen vertrauten Mann abgeben. Freiheit und Autorität seien im ADAV innigst vereint. Wie eine Bestätigung der obigen Thesen vom notwendig autoritären und nicht etwa freiheitlich-demokratischen Arbeiter-Etatismus klingen folgende Worte Lassalles aus einem Brief an Bismarck vom 08.06.1863: „Wie wahr es ist, daß sich der Arbeiterstand instinktmäßig zur Diktatur geneigt fühlt, wenn er erst mit Recht davon überzeugt sein kann, daß dieselbe in seinem Interesse ausgeübt wird, und wie sehr er sich daher, wie ich Ihnen schon neulich sagte, geneigt sein würde, trotz aller republikanischen Gesinnung, – oder vielmehr gerade aufgrund derselben – in der Krone die natürlichen Träger der sozialen Diktatur im Gegensatz zu den Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft zu sehen, wenn die Krone ihrerseits sich jemals zu dem – freilich sehr unwahrscheinlichen – Schritt entschließen könnte, eine wahrhaft revolutionäre und nationale [Sic! – M.W.] Richtung einzuschlagen und sich aus einem Königtum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres Volkskönigtum umzuwandeln.“ Der führende Sozialist Julius Vahlteich zum Etatismus Lassalles: „Die Diktatur, oder das, was wir heute als Imperialismus bezeichnen, war für ihn keineswegs eine vorübergehende Notwendigkeit, sondern lag seiner Idee vom Staat zugrunde.“ Dazu paßt Bismarcks Einschätzung, Lassalle sei Nationalist und Monarchist gewesen.

³⁸ Marx' Argument besticht, wenn man bedenkt, daß auch heute weniger als ein Zehntel der deutschen Studierenden sogenannten „bildungsfernen Schichten“ entstammt, obwohl sich die Zugangschancen auf Bildung im Vergleich zum 19. Jh. erheblich vergrößert haben.

³⁹ S. Marx, Gotha, 13195/96, MEW Bd. 19, 30/31.

⁴⁰ Im Gothaer Text: »In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.« - Vgl. Marx daran anschließende Kritik (Marx, Gotha, 13168/69, MEW Bd. 19, 17).

⁴¹ S. ebd., 13178/79, MEW Bd. 19, 22/23.

⁴² S. Marx, Gotha, 13180, MEW Bd. 19, 23.

⁴³ „Lassalle hatte, im Gegensatz zum »Kommunistischen Manifest« und zu allem früheren Sozialismus, die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefaßt. [...] Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisieren muß [...] Insofern ist ihr Klassenkampf, nicht dem Inhalt, sondern, wie das »Kommunistische Manifest« sagt, »der Form nach« national. Aber der »Rahmen des heutigen nationalen Staats«, z.B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch »im Rahmen des Weltmarkts«, politisch »im Rahmen des Staatensystems«. Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in seiner Art internationaler Politik. Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens »die internationale Völkerverbrüderung sein wird« - eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen

die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. [...] Und so soll sie ihrer eignen, mit den Bourgeois aller andern Länder bereits gegen sie verbrüderten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten! In der Tat steht das internationale Bekenntnis des Programms noch unendlich tief unter dem der Freihandelsparthei. Auch sie behauptet, das Ergebnis ihres Strebens sei »die internationale Völkerverbrüderung«. Sie tut aber auch etwas, um den Handel international zu machen, und begnügt sich keineswegs bei dem Bewußtsein - daß alle Völker bei sich zu Haus Handel treiben. [...] Bismarcks »Norddeutsche« war vollständig im Recht, wenn sie zur Zufriedenheit ihres Meisters verkündete, die deutsche Arbeiterparthei habe in dem neuen Programm dem Internationalismus abgeschworen.“ (Ebd., 13180ff., MEW Bd. 19, 23ff.)

⁴⁴ S. das Buch von Mosse: „Die völkische Revolution.“

⁴⁵ Dies erkennt man gleich an einigen der gängigsten Zuschreibungen, wie den „ordentlichen und fleißigen“ Deutschen gegen z.B. „faule und diebische“ Polen, „schlampige und versoffene Russen“, „leichtlebige“ Südländer und vor allem „raffgierig-parasitäre“ Juden. Zur Rolle der konkreten Arbeit in der antisemitischen Denkwelt s. Postones Aufsatz: „NS und Antisemitismus“.

⁴⁶ Vgl. Marx, Gotha, 13196, MEW Bd. 19, 31.

⁴⁷ Beispielhaft folgender Satz: „Kurz, auch dieser Anhang zeichnet sich durch schlottrige Redaktion aus.“ (Ebd., 13199, MEW Bd. 19, 32.)

⁴⁸ Immerhin hielt es Engels für nötig, sich gegen den Staatssozialismus, v.a. die Forderung nach Verstaatlichung von Produktionsmitteln zu wenden: Dies treibe das Kapitalverhältnis nur auf die Spitze (Huhn, Etatismus, 37/38).

⁴⁹ Huhn, Bilanz, 108.

⁵⁰ Knappe Schilderung vom Gothaer Parteitag 1875 bis in die 1890er Jahre bei Huhn, Etatismus, 42-44.

⁵¹ Huhn, Etatismus, 37; Bilanz 105ff.: Marx und Lassalle hätten in vielen sozialdemokratischen Köpfen eine seltsame Ehe eingegangen. Die Debatte über Vergesellschaftung versus Verstaatlichung der Produktionsmittel sei bspw. nur unter einer Minderheit von Parteiintellektuellen bzw. „klassenbewußten Arbeitern“ geführt worden. Auch großartige marxistische Reichstagsreden seien in erster Linie für das gebildete Publikum und nicht für die sozialdemokratische Partebasis gehalten worden. Über die Kluft zwischen marxistischen Intellektuellen auf den höheren Parteebenen und der Basis sowie staatssozialistische sozialdemokratische Broschüren, Basisversammlungen und Parteschulungen s. Huhn., Etatismus, 46-48; Bilanz, 105/06. Huhn macht nur die Lassalleaner und höchstens noch Bebel und Liebknecht für den Legalismus, Parlamentarismus und Reformismus der Sozialdemokratie verantwortlich. Hingegen ignoriert er Marx' und v.a. Engels' Einfluß, die sich dezidiert für eine legale und parteiförmige Massenorganisation der Arbeiterklasse aussprachen.

⁵² Laut J. Vahlteich dauerte es 10 Jahre, den Lassalle-Kult in der Partei zu überwinden (Huhn., Etatismus, 37). Huhn benennt als Kern der „Lassalle-Legende“ innerhalb der Sozialdemokratie die Auffassung, Lassalle sei der eigentliche Gründer der deutschen Arbeiterbewegung gewesen. Selbst die SED und überhaupt der ML schrieben Lassalle das Verdienst zu, die politische Organisation der Arbeiterklasse aus der Abhängigkeit von den kleinbürgerlichen Demokraten befreit zu haben. Huhn weist hingegen nach, daß die Arbeiterbewegung bereits existierte und Lassalle weder der erste Vertreter der staatssozialistischen Tendenz noch einiger seiner Theoreme war: So hatte die Idee der Arbeiter-Produktivgenossenschaften schon lange vorher bestanden. Auch rein organisatorisch sei Lassalles Leistung nicht so groß wie oft angenommen. Vielmehr habe er auf Bitten von Arbeiterführern die Leitung einer bereits bestehenden Organisation übernommen, die dann allerdings unter seiner selbstherrlichen Führung als ADAV mächtig expandierte (ebd., 29ff.).

⁵³ Schon in den 1890ern bescheinigten selbst rechte, bürgerliche Kritiker der Sozialdemokratie, sie sei zahm und staatstragend geworden (Huhn, Etatismus, 45). Huhn sagt, die Durchsetzung des Staatssozialismus sei kein Verrat an den nie durchgedrungenen marxistischen Überzeugungen der Parteimehrheit gewesen, sondern lediglich der folgerichtige Versuch, die legal-parlamentarische Praxis mit der Theorie in Übereinstimmung zu bringen (Bilanz, 106/07).

⁵⁴ „1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben. 2. Starke Progressivsteuer. 3. Abschaffung des Erbrechts. 4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen. 5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol. 6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats. 7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan. 8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau. 9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung

des Unterschieds von Stadt und Land. 10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.“ (Marx/Engels: Manifest, 2648-2647, MEW Bd. 4, 481/82.) Über Jakobinismus und Staatskapitalismus bei Marx und Engels s. Huhn, Bilanz, 105, 108/09, 121, 131.

⁵⁵ S. ebd., 106-110. Bernstein und Heinrich Cunow vollzogen den Bruch mit den Marxschen Aussagen über den Staat durchaus bewußt und öffentlichkeitswirksam.

⁵⁶ S. Huhn, Etatismus, 38.

⁵⁷ S. Huhn, Bilanz, 108-110.

⁵⁸ S. Huhn, Etatismus, 39-41: Laut Kautsky führt der Staatssozialismus lassalleanischer Tradition zur Entmündigung der Proletarier. Er sei der Versuch, den Klassengegensatz innerhalb des Kapitalismus zu lösen, und zwar mittels einer weiteren Verselbständigung der Staatsgewalt (was Huhn als „Totalitarismus“ bezeichnet): „Weder das Proletariat noch die Kapitalistenklasse soll durch ihn aufgehoben, sondern das Verhältnis zwischen beiden ein für allemal unverrückbar von Staats wegen festgesetzt werden. Die Kapitalisten sollen sich in eine Art von höheren Staatsbeamten verwandeln, die

unter der Aufsicht des Staates die Produktion leiten und dafür die vom Staat festgesetzten Gewinnanteile einstreichen. Soweit es im Interesse des Staates und der herrschenden Klassen erforderlich scheint, soll die Produktion direkt verstaatlicht werden. Aber die Ausbeutung der Arbeiterklasse soll bestehen bleiben, sie wird bloß von Staats wegen geregelt. Der Staat selbst bleibt eine über den Arbeitern stehende Macht, deren Interessen von den seinen verschieden sind. Je mehr er die Produktion an sich zieht, desto mehr fließt sein Einkommen aus der direkten Ausbeutung der Arbeiter, die ihm völlig wehrlos preisgegeben sind. Es steigt die Möglichkeit, aber auch der Drang nach fiskalischer Ausbeutung der Staatsproletarier: das ist die logische Konsequenz des Staatssozialismus überall dort, wo seine Vorbedingung besteht: ein über dem Proletariat stehender Staat.“ Weiter zitiert Huhn auch Ausführungen Kautskys über die ungebrochene Aktualität des Staatssozialismus auch nachdem Lassalles Produktivgenossenschaften aus der Mode gekommen waren. Ein Wink „von Oben“ könne die Idee des Staatssozialismus wiederbeleben. Diese sei „in die Massen verpflanzt worden, in denen sie noch als dunkler Instinkt lebt, als eine Erwartung, daß der heutige Staat schon berufen sei, ihnen zu helfen“. Auch Liebknecht war entschiedener Gegner des Staatssozialismus; er äußerte sogar einmal, der letzte Entscheidungskampf der Sozialdemokratie werde einmal unter der Parole „Hie Staatssozialismus, hie Sozialdemokratie!“ ausgetragen (Huhn, Bilanz, 109). Auch der italienische Marxist Labriola warnte schon vor 1914 vor dem Staatssozialismus: Die von Marx nicht vorgesehene Ausweitung des Staates im imperialistischen Zeitalter verstärke den falschen Schein, der Staat würde klassenneutral oder über den Klassen stehend die Gesellschaft überwölben (Huhn, Etatismus, 50/51).

⁵⁹ S. Huhn, Bilanz, 106.

⁶⁰ S. ebd., 143/44.

⁶¹ Huhn sieht die Strömung um David, Hänisch, Lensch, Renner, Winnig u.a. als maßgebliche Vertreterin der staatssozialistischen Tendenz. Diese sich selbst als „Neu-Marxisten“ bezeichnenden nennt er stattdessen „Neu-Lassalleaner“, da sie sich stark auf Hegel, Fichte und Lassalle stützten (Huhn, Etatismus, 54/55). Für die leninistische Variante dieser Theorie des Umschlags des kapitalistischen Privateigentums in kommunistisches Gemeineigentum über die Zwischenstufe Monopolismus/Staatskapitalismus s. Paschukanis, 129-131.

⁶² S. Huhn, Etatismus, 55-57.

⁶³ S. ebd., 49/50.

⁶⁴ S. Huhn, Bilanz, 143/44.

⁶⁵ S. Huhn, Etatismus, 55-57. Über die seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht abreißen Klagen über die aufgrund des sozialen Elends ungenügende Qualität des Menschenmaterials und daraus resultierenden staatlichen Sozialreformismus s. ebd., 61/62. Bezeichnender Weise sprach man von der „bürokratischen Durchorganisation“ (Huhn) als „Sozialisierungsreife“ oder „Reifezustand“ (Bilanz, 109/10).

⁶⁶ S. Huhn, Etatismus, 57. Renner erblickte schon 1905 in kriegswirtschaftlichen Maßnahmen „sozialistische“ Merkmale (Huhn, Bilanz, 109).

⁶⁷ S. Huhn, Etatismus, 59. Folgende Zitate des rechten, später zur NSDAP gehörigen Sozialdemokraten August Winnig vereinen die staatssozialistische Geschichtsmetaphysik, die Identifikation der Arbeiter- mit den nationalen Interessen und die Auffassung von der Notwendigkeit des Etatismus im imperialistischen Zeitalter miteinander: „Das Schicksal Deutschlands. ist auch das Schicksal der. deutschen Arbeiterklasse.“, „Wir müssen durch die Oberstufe des Kapitalismus, eben den Imperialismus, ebenso zwangsmäßig hindurch, wie wir durch den Kapitalismus im ganzen hindurch müssen. [...] In einem Kampfe gegen den Imperialismus mit dem Ziele, ihn unmöglich zu machen, [...] in einem solchen Kampfe kann die Politik der Arbeiterklasse niemals bestehen [...] Sie kann sich also nicht grundsätzlich der imperialistischen. Entwicklung in den Weg stellen, denn diese wird [...] von starken, ja zwingenden volkswirtschaftlichen Bedürfnissen getragen.“ (Ebd., 65.) Winnig (bei Mosse: Winning) war einer der wenigen völkischen Propagandisten in und aus dem Arbeitermilieu. Er schrieb völkische Bücher und in rechten Zeitschriften, machte aber eine Laufbahn in der SPD, bis er nach seiner Beteiligung am Kapp-Putsch aus der Partei geworfen wurde. Zu seiner Person und reaktionären Sozialutopie s. Mosse, 277-279.

⁶⁸ Bernstein in: „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ (1899): „Im weiteren Verlaufe wird das Nationale so gut sozialistisch sein wie das Municipale, nennen sich doch schon heute Sozialisten demokratischer Staatswesen gern Nationalisten.“ (Huhn, Etatismus, 63.)

⁶⁹ Schilderung der Entwicklung bis 1914 bei Huhn, Etatismus, 52-54; Bilanz, 144/45. Gustav Noske, der später eine zentrale Rolle bei der blutigen Niederschlagung der Revolution von 1918/19 spielen sollte, befürwortete ebenfalls lange vor Kriegsausbruch die aggressive Heeres- und Kolonialpolitik Deutschlands.

⁷⁰ Teile der SPD stimmten unter Berufung auf den „Fortschritt“ einer antirussischen Annexionspolitik zu und forderten „Garantien gegen die Einkesselung“ Deutschlands, womit Eroberungen gemeint waren (Huhn, Etatismus, 67). Der rechte Sozialdemokrat Paul Lensch sah Deutschland als Vorkämpfer der „sozialisierten Gesellschaft“, die es in dem als Weltrevolution gedeuteten Weltkrieg der Welt aufzuzwingen habe. Die Sozialdemokratie sei die Retterin in nationaler Not. Die Disziplin innerhalb der Arbeiterbewegung solle den bürgerlichen Individualismus abtun, der sich nach 1789 verbreitet habe. Als nationale könne die SPD nicht mehr nur Partei der Arbeiter sein, sondern müsse sich auch für Beamte und Offiziere öffnen – hierin sieht Huhn bereits einen Anklang der NS-Volksgemeinschaft (ebd., 68-70). Der Gewerkschaftsführer Leipart schlug der Industrie 1914 einen Pakt im nationalen Interesse vor (Huhn, Bilanz, 150). Johannes Plenge nannte als wesentliche der aus dem nationalen Drang zur Selbstbehauptung entstandenen „Ideen von 1914“ die „deutsche Organisation“ und die „Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus“ und konstatierte die Verwand-

lung des „verworrenen, an den Anarchismus anklingenden Programms einer demokratischen Vergesellschaftung“ zugunsten der straffen Zusammenfassung aller Kräfte unter einem Diktator. Dieses Prinzip sollte von Deutschland aus (unter einem Volkskaiser) zum herrschenden Prinzip in Europa und der Welt werden (Huhn, Etatismus, 70/71). Über die Verwandtschaft zu Theorien H.G. Wells von der britischen Fabian Society über eine soziale Welt-diktatur der Wissenschaftler und Techniker s. ebd., 71/72. Auf die entscheidende Rolle des Nationalismus im Staatssozialismus macht Huhn, Bilanz, 116, aufmerksam: „Organisation“ und „Organismus“ wurden verwechselt. Die Nation ließ die totale staatliche Organisation als natürlich erscheinen.

⁷¹ So Huhn, Bilanz, 110.

⁷² S. ebd., 144/45.

⁷³ S. Mosse, 111-116.

⁷⁴ „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ (Engels: DB 7632-8243, MEW Bd. 20, S. 5-303).

⁷⁵ S. Mosse, 144. Und weiter: „Er selbst votierte für eine besondere Spielart des Sozialismus, der eine autarke Nationalwirtschaft ins Auge faßte und idealisierter Ausdruck des allgemeinen Volkswillens sein sollte.“ (S.a. ebd., 144-146). Zu Dühring s.a. Haury, 184.

⁷⁶ So eine Vokabel von Marx in der „Kritik...“ (13188, MEW Bd. 19, 27).

⁷⁷ Dabei wurden die Vokabeln „Staatssozialismus, Wehrgemeinschaft, Volksgemeinschaft, Kriegssozialismus“ oft nahezu synonym verwendet (Huhn, Etatismus, 54/55, 60-62; Bilanz, 148/49).

⁷⁸ Hierzu Huhn, Etatismus, 73: Der schon erwähnte J. Plenge verwies auf die große Kraft der parteilichen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter, welche die Revolution von 1918 maßgeblich aufgefangen hätte.

⁷⁹ Noch 1932/33 huldigte die SPD-Führung dem „Führerprinzip“. Gleichzeitig bestand aber eine „gewisse Ehrfurcht“ vor den liberaldemokratischen Traditionen der Partei (Huhn, Bilanz, 106/07). Zu autoritären Tendenzen im ISK („Nelson-Bund“) und Otto Brauns Ausspruch: „Wenn schon Diktatur, dann nur die unsrige“, s. ebd., 118/19. S.a. 117-120.

⁸⁰ Dazu Huhn, Etatismus, 37, 42, 51/52. Schon August Bebel sah diese Entwicklung.

⁸¹ S. Huhn, Etatismus, 49/50; Bilanz, 106.

⁸² S. Huhn, Bilanz, 111/12.

⁸³ S. Huhn, Etatismus, 51/52, Bilanz 106/07.

⁸⁴ Über den Nationalismus der Sozialdemokratie des Kaiserreichs s. Haury, 197-204.

⁸⁵ Nach dem Theorem Benedict Andersons („Die Erfindung der Nation“) von den marginalisierten Eliten als wesentlichen Triebkräften des Nationalismus.

⁸⁶ „Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. [...] Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altherwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen. [...] Aber unheroisch, wie die bürgerliche Gesellschaft ist, hatte es jedoch des Heroismus bedurft, der Aufopferung, des Schreckens, des Bürgerkriegs und der Völkerschlächten, um sie auf die Welt zu setzen. Und ihre Gladiatoren fanden in den klassisch strengen Überlieferungen der römischen Republik die Ideale und die Kunstformen, die Selbsttäuschungen, deren sie bedurften, um den bürgerlich beschränkten Inhalt ihrer Kämpfe sich selbst zu verbergen und ihre Leidenschaft auf der Höhe der großen geschichtlichen Tragödie zu halten.“ (Marx: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, 11621ff., MEW Bd. 8, 115ff.)

⁸⁷ S. Huhn, Etatismus, 65-67: Huhn verweist auf gelegentliches pro-nazistisches Abstimmungsverhalten der SPD im Reichstag vor 1933 sowie die Unterstützung der SPD für Rüstungsvorhaben und halb-diktatorische Notstandskabinette der Jahre vor 1933. Die SPD hätte ggf. auch den II. Weltkrieg mitgemacht, wie Huhn unter Verwendung nationalistischer Äußerungen rechter Sozialdemokraten über die Kriegsschuldfrage nach 1918 sowie über die Berechtigung von Annexionen zugunsten Deutschlands ableitet. Ebd., 76/77: „...hätte Sinowjew nicht die USPD gespalten, so daß der linke Flügel in die KPD ging, und der rechte in die SPD zurückkehrte, dann wäre wohl die Mehrheitssozialdemokratie einen politischen Weg weitergegangen, der dem Nationalsozialismus kaum noch etwas übrig gelassen haben würde. [...] Der deutsche NS entstand also 1914 und zu einem wesentlichen Teile innerhalb der rechten Sozialdemokratie, und er endete hier bald nach dem Görlitzer Programm von 1921, um auf einer anderen Grundlage teils konsequenter, teils variiert fortentwickelt zu werden.“ Vgl. a. Bilanz, 117/18.

⁸⁸ S. Huhn, Etatismus, 27/28.

⁸⁹ Zum Verhältnis von Faschismus, NS, Sozialdemokratie und Syndikalismus: Huhn, Bilanz, 130ff. (u.a. Kap. „Historische Kritik des Faschismus“).

⁹⁰ S. ebd., 123-129, Kap. „Historische Kritik des Bolschewismus“.

⁹¹ S. Huhn, Bilanz, 114/15. Ebd., 116/17, zur direkten Verbindung zwischen OHL und Großkapitalisten.

⁹² Über die sozialpsychologische Kopplung von NS und Weltkriegserlebnis 1914-1918: Ebd., 142/43.

⁹³ S. ebd., 114-121.

⁹⁴ Folgerichtig findet er den „Sozialfaschismus“-Vorwurf der KPD gegen die SPD nicht falsch, möchte ihn aber auch auf die KPD selbst und alle leninistischen Parteien angewendet sehen (ebd., 141).

⁹⁵ S. ebd., 123-130: Nationale Selbstbehauptung im imperialistischen Zeitalter sei gerade für Nationalrevolutionäre nur noch durch Staatssozialismus möglich. Bereits der völkische Ideologe Moeller van den Bruck äußerte: „Jedes Volk hat

seinen eigenen Sozialismus“ Der Führer der HJ, Baldur v. Schirach, gab in den 30ern einmal die Losung aus: „Durch Sozialismus zur Nation“. Vgl.a. ebd., 148.

⁹⁶ Diese Interpretation vom Antisemitismus des NS-Antisemitismus und des Holocausts folgt dem Aufsatz von Postone „NS und Antisemitismus“.

⁹⁷ Vgl. Huhn, Bilanz, 129.

⁹⁸ S. Haury, 185-209.

⁹⁹ Huhn, Bilanz, 117-122, arbeitet den Demokratismus der SPD als eine entscheidende Differenz zum NS gut heraus, allerdings in Form einer Polemik gegen die Unfähigkeit der SPD zur Diktatur, die zur politischen Vernichtung der Sozialdemokratie durch die Nazis geführt hätte.

¹⁰⁰ Nach Moische Postone.

¹⁰¹ S. Mosse, 13: „Diejenigen, die sich für die Rückkehr zur Kultur einsetzten und sich für die ‚Deutsche Revolution‘ begeisterten, kamen nicht aus den unteren Bevölkerungsschichten. Es waren im Gegenteil diejenigen, die einen Besitz zu verteidigen hatten und ihre Überlegenheit gegenüber der Arbeiterklasse erhalten wollten.“ Ebd., 16: „Obwohl Millionen Deutsche, vor allem Linke, sich niemals von völkischer Ideologie gefangen nehmen ließen...“. Ebd., 277: „Will man das Verhältnis von Lohnabhängigen einerseits und der völkischen Ideologie [...] andererseits zusammenfassend beurteilen, so muß noch einmal betont werden, daß die völkische Bewegung tatsächlich niemals bis zur eigentlichen Arbeiterklasse vordrang.“

¹⁰² In § 4 des Programms.

¹⁰³ Noch der Sarg des SPD-Führers Kurt Schumacher wurde in den 1950ern mit der Breslauer Parteifahne der Lassalleaner von 1863 zugedeckt (Huhn, Etatismus, 29).

¹⁰⁴ Nach Huhn, Bilanz, 105, war die deutsche vor-sozialdemokratische Arbeiterbewegung das halb religiöse, halb liberal-kommunistische Ergebnis des Bündnisses einer „radikaldemokratischen (jakobinischen) Intelligenz und einer einst utopisch-staatssozialistischen Arbeiterschaft, deren geistiges Wesen in Deutschland in erster Linie Weitling bestimmt hatte.“ Ebd., 108, wird über „utopistische Denker ... und die ersten antiliberalistischen Romantiker“ als geistesgeschichtliche Quellen des Staatssozialismus gesprochen. Huhn, Etatismus, 36, beruft sich auf einen Professor F.A. Hayek von der London School of Economics, der bereits um die Mitte des vorigen Jh. festgestellt hätte, daß die Vorläufer des NS auch diejenigen der Sozialdemokratie seien: Fichte, Rodbertus und Lassalle. Demgegenüber sei die Marxsche Linie von internationalem, liberalem, demokratischem, hätte aber die Lassallesche nur zeitweise in den Hintergrund drängen können. Vgl. ebd., 60, zu rechten sozialdemokratischen Ideologen, die im Staatssozialismus Fichtes nationalistisches Ideal des geschlossenen Handelsstaates wiederentdeckten. Wie bei Lassalle und Proudhon handelt es sich auch hier um das Ideal krisenfreier Warenproduktion. Über Lassalle als Nachfolger Fichtes s. Bilanz, 108. Zu den „Kathedersozialisten“ und dem „Verein für Sozialreform“ als Vorläufern des sozialdemokratischen Etatismus und ihrem sowie Fichtes Einfluß auf Bernstein, Parvus u.a. s. ebd., 118/119.

¹⁰⁵ Historisch besonders wirksam wurde dieses Erbe auf fatale Weise im Leninismus. Bei Huhn finden sich viele Hinweise auf Lenins positives Verhältnis zum Lassalleschen Erbe: So habe Lenin Lassalle als „Dämpfer der Spontaneität“ in der Arbeiterbewegung gewürdigt (Huhn, Etatismus, 29/30; vgl. Bilanz, 123). Zum Unterschied zwischen dem parlamentarisch-opportunistischen Staatssozialismus Lassalles und dem revolutionär-jakobinischen Staatssozialismus Lenins s. ebd., 57/58. Vergleich zwischen Sozialdemokratie und Bolschewismus: Bilanz, 107. Zur Bewunderung Lenins und Trotzki für die deutsche Kriegswirtschaft s. Etatismus, 58. S. v.a. Bilanz, 123-129 (Kap. „Historische Kritik des Bolschewismus“).

¹⁰⁶ S. Mosse, 13, 16, 277. Über das ambivalente Verhältnis der SPD zum Antisemitismus s. ausführlich Haury, 183-209 (Kap.: „Die SPD des Kaiserreichs“): Obwohl sich die Sozialdemokratie entschieden und aktiv gegen die moderne, antisemitische Ideologie stellte und niemals deren zentrale Argumentationen nachvollzog, waren antijüdische Stereotype bis in die Parteispitzen verbreitet: Die Assoziation der Juden mit Geld und Handel, die Überzeugung von ihrer Andersartigkeit und ihren teils negativen Merkmalen. Den Juden wurden nicht die gleichen Rechte wie anderen Nationen zuerkannt; insbesondere kämpfte die Sozialdemokratie heftig gegen den Zionismus. Auch bei Lenin läßt sich übrigens kein Antisemitismus finden. S. ebd., 210-252 (Kap.: „Anti-antisemitischer Lenin - ‚strukturell antisemitischer‘ Leninismus?“): Lenin selbst war ein scharfer Gegner des Antisemitismus, „Wohl aber schufen die Affinitäten der Leninschen Ideologie zum antisemitischen Denken [...] offene Türen und eine Ausgangsbasis, die eine Amalgamierung mit antisemitischen Denkmustern ermöglichte.“ (ebd., 252).

¹⁰⁷ S. Marx, Gotha, 13199, MEW Bd. 19, 32.

¹⁰⁸ Besonders in den historischen Arbeiten von Engels findet sich viel ausgesprochen nationalistische Rhetorik., z.B. in: „Der deutsche Bauernkrieg“ (MEW Bd. 7) und „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“ (MEW Bd. 8).

¹⁰⁹ „...Marx und ich [waren – M.W.] mit der deutschen Bewegung inniger verwachsen als mit irgendeiner andern...“ (Marx, Gotha, 13160, MEW Bd. 19, 521).

¹¹⁰ Haury, 160-182 (Kap. „Zur Judenfrage“ von Karl Marx – ein Klassiker antisemitischer Propaganda?“). Über die unzureichende Kritik von Engels am Antisemitismus (im Brief: „Über den Antisemitismus“, DB 13456-13460, MEW Bd. 22, 49-51) s. ebd., 184-186.

¹¹¹ S. v.a.: Marx, Gotha, 13171-13176, MEW Bd. 19, 18-21.

¹¹² „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie

herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen - exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.“ (Ebd., 13173-13174, MEW Bd. 19, 20.)

¹¹³ „Nehmen wir zunächst das Wort »Arbeitsertrag« im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag das gesellschaftliche Gesamtprodukt. Davon ist nun abzuziehen: Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel. Zweitens: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion. Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse etc. Diese Abzüge vom unverkürzten Arbeitsertrag« sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar. Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen. Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab: Erstens: die allgemeinen, nicht direkt zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten. Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt. Zweitens: was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc. Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt. Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige etc., kurz, für, was heute zur sog. offiziellen Armenpflege gehört. Erst jetzt kommen wir zu der »Verteilung«, die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.“ (Ebd., 13171/72, MEW Bd. 19, 18/19.)

¹¹⁴ S. ebd., 13176, MEW Bd. 19, 21. Ausführliches Zitat weiter oben. Vgl. dazu folgende Stelle aus „Die deutsche Ideologie“: „Sowie nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muß es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will - während in der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Marx/Engels: Ideologie, 1294, MEW Bd. 3, 33.)

¹¹⁵ Weiter oben wurde schon mit Huhn darauf verwiesen, daß sich die Etatisten aber auf frühere Schriften von Marx und Engels berufen konnten, z.B. auf das Aktionsprogramm des „Manifests“.

¹¹⁶ „Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht. Das gleiche Recht ist hier daher immer noch - dem Prinzip nach - das bürgerliche Recht, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur im Durchschnitt, nicht für den einzelnen Fall existiert. Trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportionell; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht. Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehn; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer bestimmten Seite faßt, z.B. im gegebenen Fall sie nur als Arbeiter betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermehren, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein. Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“ (Marx, Gotha, 13174-13176, MEW Bd. 19, 20/21.)

¹¹⁷ „Das gleiche Recht ist hier daher immer noch - dem Prinzip nach - das bürgerliche Recht, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur im Durchschnitt, nicht für den einzelnen Fall existiert.“ (Ebd., 13174, MEW Bd. 19, 20.)

¹¹⁸ S. Paschukanis, 53/54.

¹¹⁹ S. ebd., 132: „Freilich werden, solange sich die neue Gesellschaft aus Elementen der alten aufbaut, das heißt aus Menschen, die das gesellschaftliche Band nur als Mittel für ihre privaten Zwecke auffassen, auch die einfachen vernunftmäßigen technischen Anweisungen die Form einer dem Menschen fremden und über ihm stehenden Gewalt annehmen müssen. Der politische Mensch wird noch immer ein ‚abstrakter, künstlicher Mensch sein‘, um den Ausdruck Marx’ zu gebrauchen. Aber je radikaler das Schächerverhältnis und die Schächerpsychologie aus der Produktionssphäre überwunden sein wird, desto schneller wird die Stunde jener endgültigen Befreiung schlagen [...]“. Ebd., 60/61: „Marx erwähnt [in der ‚Kritik...‘ – M.W.] nicht die Notwendigkeit einer Staatsgewalt, die durch ihren Zwang die Durchführung dieser Normen des ‚ungleichen‘, ihre ‚bürgerliche Schranke‘ beibehaltenden Rechts sichert, aber dies versteht sich ja von selbst. Lenin zieht diesen Schluß: ‚[...] Es ergibt sich also, daß nicht nur unter dem Kommunismus das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit bestehen bleibt, sondern sogar der bürgerliche Staat – ohne Bourgeoisie.‘“ Paschukanis folgert weiter (ebd., 61): „Eine Gesellschaft, die durch den Stand ihrer Produktivkräfte gezwungen ist, ein Äquivalentverhältnis zwischen Arbeitsverausgabung und Vergütung in einer Form beizubehalten, die auch nur entfernt an den Austausch von Warenwerten erinnert, wird gezwungen sein, auch die Rechtsform beizubehalten. Nur wenn man von diesem grundlegenden Moment ausgeht, kann man begreifen, warum eine ganze Reihe anderer gesellschaftlicher Beziehungen juristische Formen annimmt.“

¹²⁰ „Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine »forces propres« als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“ (Marx: „Zur Judenfrage“, 473, MEW Bd. 1, 370.)

¹²¹ „Ferner ist mit der Teilung der Arbeit zugleich der Widerspruch zwischen dem Interesse des einzelnen Individuums oder der einzelnen Familie und dem gemeinschaftlichen Interesse aller Individuen, die miteinander verkehren, gegeben; und zwar existiert dies gemeinschaftliche Interesse nicht bloß in der Vorstellung, als »Allgemeines«, sondern zuerst in der Wirklichkeit als gegenseitige Abhängigkeit der Individuen, unter denen die Arbeit geteilt ist.“ (Marx/Engels, Ideologie, 1293, MEW Bd. 3, 32/33.)

¹²² S. Paschukanis, 43: In der bürgerlichen Gesellschaft tritt der Proletarier als über seine Arbeitskraft verfügendes Subjekt auf.

¹²³ S. Huhn, Bilanz, 153/54.

¹²⁴ Mit der Arbeitsteilung hängt auch das Problem der Steigerung der Produktivkräfte zusammen, die Marx als unabdingbare Voraussetzung des Kommunismus nennt. Vgl. Marx/Engels, Ideologie, 1297, MEW Bd. 3, 34/35: „Diese »Entfremdung«, um den Philosophen verständlich zu bleiben, kann natürlich nur unter zwei praktischen Voraussetzungen aufgehoben werden. Damit sie eine »unerträgliche« Macht werde, d.h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschheit als durchaus »Eigentumslos« erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung, was beides eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad ihrer Entwicklung voraussetzt - und andererseits ist diese Entwicklung der Produktivkräfte (womit zugleich schon die in weltgeschichtlichem, statt der in lokalem Dasein der Menschen vorhandene empirische Existenz gegeben ist) auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte...“.

¹²⁵ „Alle Welt weiß, daß, wenn Angebot und Nachfrage sich ausgleichen, der relative Wert eines Produktes genau bestimmt wird durch die in ihm fixierte Arbeitsmenge, d.h., daß dieser relative Wert das Proportionalitätsverhältnis genau in dem Sinne ausdrückt, in dem wir es soeben erklärt haben. Herr Proudhon stellt die Reihenfolge der Dinge auf den Kopf. Man fange an, sagt er, den relativen Wert eines Produktes durch die in ihm fixierte Arbeitsmenge zu messen, und Angebot und Nachfrage werden sich unfehlbar ausgleichen. Die Produktion wird der Konsumtion entsprechen, das Produkt wird stets ausgetauscht werden können, sein laufender Marktpreis wird genau seinen richtigen Wert ausdrücken. Anstatt mit jedermann zu sagen: Wenn das Wetter schön ist, sieht man viele Leute spazieren gehen, läßt Herr Proudhon seine Leute spazieren gehen, um ihnen gutes Wetter zusichern zu können. Was Herr Proudhon als Folgerung aus dem a priori durch die Arbeitszeit bestimmten Tauschwert hinstellt, könnte nur gerechtfertigt werden vermitteltst eines Gesetzes, das ungefähr folgenden Wortlaut haben müßte: Die Produkte werden künftig ausgetauscht im genauen Verhältnis der Arbeitszeit, die sie gekostet haben. Welches auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage sei, der Austausch der Waren soll stets so vor sich gehen, als ob dieselben im Verhältnis zur Nachfrage produziert worden wären. Möge Herr Proudhon es übernehmen, ein solches Gesetz zu formulieren und durchzusetzen, und wir wollen ihm die Beweise erlassen. Wenn er im Gegenteil darauf Wert legt, seine Theorie nicht als Gesetzgeber zu rechtfertigen, sondern als Ökonom, so wird er zu beweisen haben, daß die zur Herstellung einer Ware nötige Zeit genau ihren Nützlichkeitsgrad anzeigt und außerdem ihr Proportionalitätsverhältnis zur Nachfrage und folglich zur Summe des gesellschaftlichen Reichtums feststellt.“ (Marx, Elend, 2382/83, MEW Bd. 4, 90/91.) Weitere zutreffende Passagen aus „Das Elend der Philosophie“ wurden oben bereits ausführlich zitiert.

¹²⁶ Marx, Bürgerkrieg, 27ff.: „Das ist also die Kommune – die politische Form der sozialen Emanzipation [...] Die Kommune beseitigt nicht den Klassenkampf, durch den die arbeitenden Klassen die Abschaffung aller Klassen, und folglich aller [Klassenherrschaft – die Hg.] erreichen wollen [...], aber sie schafft das rationale Zwischenstadium, in welchem dieser Klassenkampf seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weisedurchlaufen kann. Die Kommune kann gewaltsame Reaktionen und ebenso gewaltsame Revolutionen hervorrufen. Sie beginnt die Befreiung der Arbeit [...] indem sie [...] die unproduktive und schädliche Tätigkeit der Staatsparasiten abschafft [...]“. Ebd.: „Sie [die Arbei-

terklasse – M.W.] weiß, daß das gegenwärtige .spontane Wirken der Naturgesetze des Kapitals und des Grundeigentums‘ nur im Verlaufe eines langen Entwicklungsprozesses neuer Bedingungen durch das ‚spontane Wirken der Gesetze der gesellschaftlichen Ökonomie der freien und assoziierten Arbeit‘ ersetzt werden kann [...].“

¹²⁷ S. Marx/Engels: Ideologie, 1297, MEW Bd. 3, 35.

¹²⁸ S. Marx: „Thesen über Feuerbach.“, 824, MEW Bd. 3, 7.